

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 2,00 RM., monatlich 1,20 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern
 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,20 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Bestellungen nehmen
 an Danemark, Holland, Dageburg,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
 in die Volks-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 Erhöht 1. die siebengehebelte Kolonelle
 zeile 50 Pf. „kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen
 und Stellenvermittlungen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Erwerbungsbeitrag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Kreis-
 anzeigen 40 Pf. Die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 8. November 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Annexionistische Pläne.

Polen, Kurland und Litauen.

Während über die endgültige Ausgestaltung der Regierung Herrschaft verhandelt wurde, bereitete sich in aller Stille ein Umschwung der auswärtigen Politik vor, dessen Bedeutung, falls er zur Tatsache würde, alles andere weit in den Schatten stellen müßte.

Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um den Plan, die Politik des Verständigungsfriedens zu verlassen und zu einer Annexionspolitik der schärfsten Form überzugehen. Diese schärfste Form besteht darin, daß man annexionistische Kriegsziele nicht bloß aufstellt, sondern sie sofort, noch während des Krieges, zu verwirklichen sucht. Es handelt sich, kurz gesagt, um den Plan, die kriegsbesetzten Gebiete des russischen Reiches zwischen Gohsburg und Hohenzollern aufzuteilen und sie dem politischen Herrschaftsbereich der Mittelmächte mit der Absicht auf ewige Dauer einzuverleiben. Karl I. soll König von Polen, Wilhelm II. Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland werden!

Doch und warum die Sozialdemokratie eine grundsätzliche Gegnerin der Eroberungspolitik ist, ist schon so oft gesagt worden, daß über ihre Stellung zu solchen Plänen gar kein Zweifel bestehen kann. Darüber hinaus sollen aber einige Fragen, die mit diesem Plan zusammenhängen, erörtert werden.

Beabsichtigt ist die Bildung einer „trilateralen“, dreiteiligen, statt der bisher bestehenden „dualistischen“, zweiseitigen, Habsburger Monarchie, Österreich, Ungarn und Polen sollen als drei sich selbst verwaltende Staaten unter dem Hepter Karls I. vereinigt werden. Das Habsburgerreich wird dann aus zwei Staaten bestehen, in denen die Deutschen eine gar geringfügige Rolle spielen werden, während ihr Einfluß im dritten hart umkämpft ist. Wer vermag zu sagen, wie sich die auswärtige Politik dieses Dreistaates in zwanzig oder in dreißig Jahren gestalten wird? Man betrachte auf der Landkarte Schlesien unter dem Gesichtspunkt der „strategischen Sicherung“!

Dagegen wird man einwenden, auch nach der Einverleibung Polens werde zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn stets ein gutnachbarliches Verhältnis herrschen, und darum bedürfe es keiner „strategischen Sicherung“. Ausgezeichnet, und wir wollen hoffen, daß das für alle Zeiten so bleiben wird. Das Ziel der Sozialdemokratie ist so bekanntlich, noch a l l e n Seiten hin so gutnachbarliche Beziehungen zu schaffen, daß überall gelten kann, was man für Österreich auf alle Zeit als feststehend annimmt. Aber die geplante „Lösung“ führt zu diesem Ziele nicht hin, sondern sie führt weit von ihm weg.

Daß die Beziehungen zu Rußland durch einseitige Besitzergreifungen der Mittelmächte während des Krieges für jetzt und später nicht verbessert werden können, liegt auf der Hand. Ob ein habsburgisches Polen Deutschlands Freund sein würde, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Optimismus in dieser Beziehung ist nur dann berechtigt, wenn die nationalen Ansprüche der Polen im Königreich Preußen restlos befriedigt werden. Andernfalls kann habsburgisch-Polen für Preußen ein wenig bequemer Nachbar sein.

In enger Verbindung mit dem polnischen Plan steht die Absicht, Deutschland und Österreich-Ungarn-Polen zu einer fast vollkommenen Wirtschaftsgemeinschaft zu verschmelzen. Ob das den österreichisch-ungarisch-polnischen Industriellen und den deutschen Agrariern angenehm sein würde, kann uns zunächst gleichgültig sein. Auf keinen Fall aber darf die deutsche Sozialpolitik, die werdende deutsche Sozialwirtschaft, auf den Entwicklungspegel von Galizien und Ungarn herabgesenkt werden. Der ganze Plan der Wirtschaftsgemeinschaft ist noch so unübersehbar, daß man fürchten muß, auch aus ihm könnten sich neue Reibungen und Spannungen ergeben. Auf alle Fälle ist er als Teil eines annexionistischen Programms für die Sozialdemokratie unannehmbar.

Litauen und Kurland sollen gleichfalls in den mittelständlichen Wirtschaftsverband mit einbezogen werden. In alldeutschen Blättern wird bereits von baltischen Edlen der Plan erörtert, ihre bis auf einen geringen Prozentsatz fremdvödrige Bevölkerung „einzuendeutschen“. Sollten die Eroberungen, die man mit dieser „Eindeutschung“, auf deutsch Germanisierungspolitik gemacht hat, nicht schrecken? Und wie will man diese Politik durchführen, wenn man, wie gesagt wurde, den preussischen Polen gegenüber eine direkt entgegengesetzte Politik treiben muß? Können die nationalen Kämpfe, die in Litauen und Kurland zu erwarten sind, sich nicht zu einer schweren inneren und äußeren Gefahr für das Deutsche Reich ausmochen?

Die Wirkung der geplanten Annexionen auf Rußland

wird zurzeit niedrig eingeschätzt. Man meint, Rußland sei groß genug, um den Verlust eines verhältnismäßig kleinen Teils seines Gebietes verschmerzen zu können, einen Verlust, mit dem es sich innerlich schon abgefunden habe. Wir fürchten, daß diese Annahme nicht zutrifft. Auf alle Fälle scheint uns ein gutes Verhältnis zu Rußland nach dem Kriege für die Völker so wertvoll zu sein, daß dieses Verhältnis nicht gefährdet werden darf, um eine polnische Krönungskrone und einen kurländischen Herzogshut zu gewinnen.

Die Geschichte kennt verschiedene Formen von Annexionen. Länder können am Schluß eines Krieges vom Besiegten dem Sieger abgetreten werden. Der Sieger kann aber auch schon vor dem Friedensschluß zu politischen Einverleibungen schreiten, die dann durch den Frieden, je nachdem, bestätigt oder auch nicht bestätigt werden. Im ersten Fall macht der Sieger seine Eroberungen vom endgültigen Glück der Waffen abhängig, er kann auf sie verzichten, wenn sein Erfolg nicht mehr möglich, wenn die Einverleibungen schon während des Krieges vollzogen worden sind: er käme, würde er dennoch ausgesprochen, einer Niederlage gleich.

So stehen also die Dinge! Wenn die Fragen des Ostens bis zum Kriegsschluß in Schwebe bleiben, so brauchen wir nur zu kämpfen, bis die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gegeben ist. Wird aber Polen noch während des Krieges habsburgisch, kurländisch und litauisch hohenzollernisch, dann müssen wir so lange kämpfen, bis sich der ganze gewaltige Weltbund, der gegen uns steht, mit der Tatsache dieser Einverleibung abgefunden hat. Das läuft zweifellos auf eine Verlängerung des Krieges zum Zwecke von Eroberungen hinaus. Zugleich entsteht die Gefahr, daß die Mittelmächte, nachdem sie sich im Osten festgerannt, in ihrer ganzen auswärtigen Politik auf eine zwangsläufige Bahn geraten, von der heute noch niemand weiß, wohin sie führt.

Daß damit der Krieg seinen Charakter vollständig ändern würde, braucht ebensowenig näher ausgeführt zu werden, wie daß die Verwirklichung jener Pläne einen vollständigen Bruch mit der bisher betriebenen Politik der Mittelmächte bedeutet. Da man aber dem Reichstag, der sich am 19. Juli für eine Politik ohne „Eroberungslust“ aussprach, von diesen Plänen noch nichts gesagt hat, so muß man, allen gegenteiligen Gerüchten zum Trost, annehmen, daß sie noch recht weit in der Luft schweben. Von dort möge man sie baldmöglichst herabholen und in den Orkus befördern, wohin sie gehören. Der Presse aber fällt in diesem Augenblick die Aufgabe zu, vor abenteuerlichen Schritten zu warnen, deren Konsequenzen in bezug auf die Sozialdemokratie klar, im übrigen aber unabweisbar sind!

Die Gerüchte, von denen wir in den vorstehenden Ausführungen handeln, werden von der „Täg. Rundschau“ in folgender Form wiedergegeben:

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist am Montag ein Kronrat auf Grund vorausgegangener Vereinbarungen zwischen dem Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren Grafen v. Czernin die endgültige Lösung der polnischen Frage und im Zusammenhang damit die Entscheidung über die Zukunft Kurlands und Litauens beschlossen worden. Rußisch-Polen wird mit Galizien zum selbstständigen Königreich Polen vereinigt, dessen Krone auf den Kaiser von Österreich übergeht, und bildet dann, nur durch Personalunion mit Österreich und Ungarn verbunden, den dritten Teil des habsburgischen Reiches. Das Gebiet des neuen Königreichs wird durch Teile von Litauen und das geschichtlich zu Polen gehörende Suwalki und Grodno abgerundet. Ferner erhält Polen das Recht der uneingeschränkten Schifffahrt auch auf der deutschen Weichsel, somit also seinen alten geschichtlichen Zugang zum Meer.

Neben der Zukunft Litauens und Kurlands ist folgende Vereinbarung getroffen: Kurland wird zum Herzogtum, Litauen zum Großfürstentum erklärt. Beide Länder werden durch Personalunion dem preussischen Staate angegliedert, indem der König von Preußen Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland wird, und erhalten jedes einen eigenen Landtag. Selbstständige Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden sie also hierdurch nicht.

Auch die „Kreuzzeitung“ nimmt, aus anderen Gründen als wir, gegen das Projekt in scharfer Weise Stellung. Sie spricht von einer verhängnisvollen Wendung unserer östlichen Politik und erinnert an den früheren Vorbehalt, daß alles Endgültige und Abschließende dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Wenn jetzt der öster-

reichische Kaiser die polnische Krone aufs Haupt setze, könne er diesen Schritt nicht wieder zurück, außer nach einem Zusammenbruch seiner Macht. Die Liquidation des Krieges solle auf Rußlands Kosten erfolgen. In London werde man flüggen, und Polen werde der Keil sein, der die Mittelmächte auseinander treiben werde.

Zur Krise.

Fortgesetzte Verhandlungen.

Mit dem Grafen Hertling ist gestern vormittags, mit dem Freiherrn v. Kühlmann und Grafen Roderer gestern abends von den Führern der Mehrheitsparteien verhandelt worden. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Auch eine interfraktionelle Konferenz hat am Mittwoch stattgefunden, über die das Wolffsche Bureau berichtet.

In der heutigen Besprechung der vier Reichstagsfraktionen hat sich eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Vorschläge zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichszankler dauern fort.

Im „Berliner Tageblatt“ rät Theodor Wolff den Fortschrittlern dringend, sich „von dem Gehäufte zurückzuziehen“.

Die „National-Zeitung“ führt im Gegensatz zur „National-liberalen Korrespondenz“ Friedbergs Verzicht nicht auf „zu weitgehende Wünsche“ der Linken zurück, sondern darauf, daß diese Wünsche, die Friedberg mitvertreten habe, keine Erfüllung fanden.

Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ bringt an ihrer Spitze folgende Erklärung:

Wiederholt ist, so zum Beispiel in der heutigen Morgennummer der „Deutschen Tageszeitung“, die Behauptung aufgestellt worden, der Staatssekretär von Kühlmann habe Mitgliedern des Reichstags die Zusage erteilt, Graf von Hertling werde Herrn Dr. Helfrich entlassen und Herrn von Bayer an seine Stelle setzen. Diese Behauptungen beruhen auf freier Erfindung.

Trotz seiner anscheinend bestimmten Form ist dieses Dementi äußerst vieldeutig. Es bezieht sich nämlich nur auf die Vermittlerfähigkeit des Staatssekretärs v. Kühlmann und läßt völlig offen, was Graf Hertling selber gesagt oder zugesichert hat. Wir stellen gegenüber der „Nordd. Allg. Ztg.“ an dieser Stelle nochmals fest, daß Sozialdemokraten und Fortschrittlern aus den mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen den Eindruck gewinnen mußten, als sei die Regierung zu den jetzt in Abrede gestellten Zusicherungen bereit.

Entscheidung in Petersburg.

Die Militärgewalt gegen die Bolschewikis.

Petersburg, 7. November. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

Gestern abend hat sich der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirks Petersburgs und dem militärischen revolutionären Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates beträchtlich zugepoint.

Die von beiden Seiten eingeleiteten Besprechungen zur Beilegung des Konflikts wurden am Nachmittag abgebrochen, da der Ausschuss die Mitteilung erhielt, daß der Militärgouverneur von Petersburg im Laufe der Nacht die Truppen in der Umgebung der Hauptstadt, besonders in Peterhof, Pawlowof und Jaroslaw Sels herbeirief. Angesichts dieser Tatsache gab der Ausschuss seinen Truppen Befehl, der Regierung nicht zu gehorchen.

Eine weitere Zuspitzung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot.

Gegen 5 Uhr abends gaben die Behörden den Befehl, die Brücken zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören und brachten so den Straßenbahnverkehr der ganzen Stadt zum Stehen. Die Stadt wird von den der Regierung treuen Truppen militärisch bewacht.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach ergänzten Meldungen hat sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuss, der längst vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat

geschaffen war, und dem Generalstab des Militärbezirks der Hauptstadt folgendermaßen abgefaßt:

In der Nacht vom 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Bestellungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst Polownikow, lehnte dieses Ansuchen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung von Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter durch Fernsprecher ein Telegramm veränderte, das den Soldaten mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widersetzlichen Haltung des Generalstabes, der den revolutionären militärischen Ausschuss nicht anerkennen wolle, mit dem Generalstab breche, der von jetzt an als eine der Demokratie feindliche Organisation betrachtet werde. Das Telegramm besagt, die Truppen hätten einzig solchen Befehlen zu gehorchen, die vom militärischen revolutionären Ausschuss unterzeichnet seien.

Zugleich veröffentlichte der revolutionäre Ausschuss einen Aufruf an die Soldaten, die Arbeiter und die Bevölkerung der Hauptstadt, in welchem angekündigt wird, daß der Ausschuss zur militärischen Leitung der wichtigsten Punkte Petersburgs und seiner Umgebung besondere Beauftragte ernannt habe, die der Ausschuss hiermit für unverletzlich erklärt.

Nachdem die vorläufige Regierung von diesen Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms als null und nichtig zu erklären. Der Ausschuss lehnte die Erfüllung dieser Aufforderung jedoch ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten. In diesem Zweck ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsorte kommen. Die vorläufige Regierung sagte den Versuch, vorläufig nicht zu den Waffen ihre Lust zu nehmen, da sie hoffe, den Streitfall friedlich beilegen zu können.

Am 5. November abends entschied sich eine Vollversammlung der vorläufigen Regierung dahin, den Ausschuss als eine ungesetzliche Einrichtung zu betrachten, forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen und stellte den Militärbehörden anheim, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie die Zeitungen melden, hat die Regierung den bisherigen Kriegsminister aufgefördert, Petersburg zu verlassen. General Verchowsky ist am Abend nach dem Ladogasee abgereist, wo sich ein berühmtes Kloster befindet. Die Wälder glauben, daß der Rücktritt Verchowskys wichtige Veränderungen im Oberkommando nach sich ziehen wird.

Petersburg, 6. November. Neuzermeldung. Die „Vorzeitung“ teilt mit, daß das Komitee der baltischen Flotte in Helsingfors vom Marineminister die Auslieferung der früheren kaiserlichen Jacht Standard verlangte, um darauf die Bureau des Komitees unterzubringen. Als der Minister dieser Forderung nicht entsprach, begab sich eine Gruppe von bewaffneten Matrosen nach Kronstadt, bemächtigte sich der Jacht und brachte sie nach Helsingfors.

Kerenski redet Fraktur.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Einseitiger Rat der Republik. Auf eine Frage, was die Regierung zu tun gedenke, um den Verzicht der Maximalisten, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, zu vereiteln, hielt Ministerpräsident Kerenski folgende Rede:

Man sollte meinen, je näher der Tag des Zusammentritts der Verfassungskommisionen herankommt, um so nachdrücklicher werden die Versuche, ihre Zusammenberufung zu verhindern, welche diesem Ziele durch Säumnung der Landesverteidigung und durch Vaterlandsverrat antreiben. Sie gehen von zwei Seiten aus, von der äußersten Linken und von der äußersten Rechten, und kommen in den Artikeln des Staatsvertrages zum Vorschein, der der Justiz hottet. Nun ruhen diese Anstrengungen, gleichviel, ob mit Bewußtsein oder ohne, nicht dem deutschen Proletariat, sondern den Schichten, die Deutschland beherrschen, denn sie tragen dazu bei, unsere Front den Truppen des Kaisers und seiner Freunde zu öffnen.

Mit Beziehung auf den Streit zwischen dem Stabe des Militärgouverneurs von Petersburg und dem revolutionären Militärausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats fuhr Kerenski fort:

Die Militärgewalt konnte die Forderungen des Ausschusses nie als gesetzlich anerkennen und forderte von ihm Zurücknahme seiner Befehle. Der Ausschuss eröffnete zum Schein Verhandlungen und zeigte sogar Neigung zur Verständigung, aber gleichzeitig begann er heimlich Waffen und Patronen an die Arbeiter zu verteilen. Dies ist der Grund, warum ich einen Teil der Bevölkerung von Petersburg als aufständisch ansehe. Ich habe sofort die Eröffnung einer Untersuchung und Vornahme der notwendigen Vorkehrungen befohlen.

Die Dink unterbrach Kerenski mit ironischen Augen, dieser aber wandte sich gegen sie und rief:

Die Regierung wird lieber den Tod erleiden, als auf die Verteidigung von Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates verzichten. Darauf kam er auf die Haltung der Frau gegenüber dem Vorgehen der Maximalisten und verlas Telegramme, in denen die Arme nachdrückliche Mahnungen gegen die Ausschreitungen in Petersburg fordert und der Regierung kräftige Unterstützung verspricht.

Kerenski schloß mit der Erklärung, daß alle Teile des Landes, alle Parteien und Bevölkerungsschichten zu dem Kampfe gegen die heranwachsende Gefahr beitragen müßten. Er erklärte unter dem Beifall der Rechten, der Mittelpartei und der Linken:

„Die Parteien, welche es wagen, in diesem Augenblick die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig, den Deutschen die Front zu öffnen. Alle Handlungen dieser Art sind sofort zu unterdrücken!“

Kerenski ersuchte das Vorparlament um sofortige Antwort, ob die Regierung bei Erfüllung ihrer Pflicht auf die Unterstützung des einseitigen Rates der Republik rechnen könne. Das Vorparlament schritt zur Erörterung über die Frage des Ministerpräsidenten.

Sowjetangriffe gegen Terestschenko.

Stockholm, 6. November. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Aus Petrograd meldet das Sowjetbureau: Am Vorparlament beantworteten die Delegierten Dan und Tschernow die Rede Terestschenkos. Dan kritisierte die gesamte Außenpolitik der Regierung und die reaktionäre Zusammensetzung des auswärtigen Amtes. Er sagte: „Die Regierung hat nicht zur Durchführung ihres Programms der

Erbitterte Kämpfe in Flandern — Engländer Einbruch in Passchendaele aufgehalten — Scheiternde feindliche Anstürme bei Beelaere und Ghelvelt — Die Italiener in vollem Rückzuge zur Piave; Die Livenza-Linie erreicht.

Amlich. Großes Hauptquartier, 7. November 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern wurde gestern erbittert gekämpft!

Nach dem gewaltigen Trammessener am frühen Morgen traten englische Divisionen von Poelcapelle bis zur Höhe Ypern-Auwers und gegen die Höhen von Beelaere und Ghelvelt zum Sturm an. Nördlich von Passchendaele brach der Angriff in unserem Abwehrfeuer zusammen. In Passchendaele drang der Gegner ein. In zähem Ringen wurde ihm der Dittell des Dorfes wider entziffen. Gegen Mittag führte der Feind frische Kräfte in den Kampf. Sie konnten die Einbruchsstelle bei Passchendaele nur brüchig erweitern. Unsere Stellung läuft am östlichen Dorfrande.

Der gegen die Höhen von Beelaere und Ghelvelt mit starken Kräften gerichtete Aufsturm zerfiel weit schon vor unseren Linien. Eingedrungenen Feind wurde im Nahkampf überwältigt. Die Wirkung unserer Vernichtungsfeuer hielt später sich vorbereitende Angriffe nieder.

Auf dem Schlachtfelde dauerte der starke Artilleriekampf bis in die Nacht hinein an.

Bei den anderen Armeen der Westfront lebte die Artillerietätigkeit an vielen Stellen auf und steigerte sich besonders auf dem östlichen Maasufer und zeitweilig im Sundgau zu großer Heftigkeit.

revolutionären demokratischen Friedenspolitik. Wir wünschen gleich Terestschenko, daß die Pariser Delegation eine Einheit darstellt, welche jedoch revolutionär und demokratisch sein soll. Der Delegierte der Demokratie wird kein Bureaukrat aus der Diplomatentanzel sein; er geht nach Paris entweder als Vertreter einer von unserer gesamten Regierung angenommenen revolutionär-demokratischen Plattform oder als selbständiger Vertreter der revolutionären Demokratie. Terestschenko verschwieg öffentlich die Hauptforderung der Instruktion, daß alle Allianz-mächte sich zu Friedenserklärungen bereit erklären, sobald alle Mächte auf einen Gewaltfrieden prinzipiell verzichten. Wenn unsere Diplomatie die ganze moralische Autorität unserer Revolution auszunutzen versteht, wird sie auch die Kräfte finden, das Friedenswerk zu fördern.

Tschernow besprach ausführlich die Tätigkeit in Stockholm. Er widersprach Terestschenko, daß Stockholm eine bloße Parteisache sei. Sofern die russische Regierung die demokratische Friedensformel annimmt, ist die Stockholmer Friedensinitiative von der äußeren Politik Rußlands untrennbar. Weiter führte er aus: „Wir bestehen auf Diskutierung der Friedensbedingungen auf der Pariser Konferenz, welche öffentlich sein muß. Die Demokratie hat auch ein Recht, zu fordern, daß die Staaten, welche sich demokratisch nennen, die Bahn zu einem sozialistischen Friedenskongreß freimachen. Die russische Demokratie wird niemals auf das Recht verzichten, die Sozialisten aller Länder zu einer Konferenz einzuberufen. Wir vertrauen nur jenem Teil der europäischen Demokratie, welcher für unsere Parolen arbeitet.“

Die vorstehenden Abfertigungen Terestschenkos sind um so bemerkenswerter, als Dan eigentlich der leitende Kopf der koalitionsfreundlichen Menschewits ist.

Ein Antrag auf Friedensverhandlungen im Unterhaus.

Walfour über Elsass-Lothringen, links Rheinflur und Demokratisierung.

London, 7. November. (Neuter.) Unterhaus. Im Laufe der Erörterung des Anleihe-Beschlusses brachte Leas Smith (Radikal) folgende Entschliebung ein:

„Das Haus ist der Ansicht, daß die vorgesehene Genugtuungen und Sicherheiten hinsichtlich der Unabhängigkeit und der Wiederherstellung Belgiens und der Räumung des anderen besetzten Gebiets erlangt werden können. Kein Hindernis sollte den Verhandlungen für einen Frieden in den Weg gelegt werden, um ein Uebereinkommen zu schaffen, das eine gerechte Lösung der elss.-lothringischen Frage einschließen sollte und die Ausstufung einer wirksamen internationalen Einrichtung zur Vermeldung künftiger Kriege.“

Leas Smith führte aus, daß die Geheimdiplomatie die Kriegsziele der Verbündeten entziffelt habe und daß Elsass-Lothringen jetzt zur vorherrschenden Bedingung geworden sei, ohne daß weder Italien noch Rußland darüber befragt worden seien.

Nach einem weiteren Berichte Reuters ist an der Entschliebung Leas Smiths auch Ramsay MacDonald beteiligt. Im Laufe der Debatte sagte Walfour, nach seiner Ansicht trügen Erörterungen dieser Art wenig zur Erreichung eines ehrenvollen und möglichst baldigen Friedens bei. Der Hauptinhalt der Ausführungen der vorangegangenen Redner sei gewesen, daß das Land am Kriege festgehalten würde zu dem Zweck, Elsass-Lothringen an Frankreich zurückzubringen. Das bedeute eine vollständige Verleugnung der allgemeinen Ansichten der gegenwärtigen und der vorhergehenden Regierung und des Landes in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Kriegsziele. Insbesondere wünschten die Friedensfreunde den Krieg so lange fortzusetzen, bis jedes Land demokratisiert sei. (Zustimmung und Gesächter.) Ramsay MacDonald habe die deutschen Sozialisten als Beweis dafür angeführt, daß nicht Deutschland gegen seine gegenwärtigen Feinde mehr einig sein könne, als der Gedanke, daß die letzteren beabsichtigten, ihn gegen seinen Willen eine Regierungsform aufzuzwingen, welche seine Feinde, aber nicht Deutschland zufällig bewunderten.

Walfour sagte weiter, er sei einer von denjenigen gewesen, die leidenschaftlich gewünscht hätten, daß die freihändlerischen Einrichtungen über ganz Europa ausgebreitet würden, aber es habe

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz

und an der Mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Im Gebirge und in der Venetianischen Ebene wird die Verfolgung fortgesetzt; einige tausend Gefangene sind eingebracht worden.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubenski.

Abendbericht.

Berlin, 7. November 1917, abends. Amlich. In einzelnen Abschnitten der kadrifchen Front gesteigerte Feuerstätigkeit.

Im Sundgau örtliche Kämpfe bei Ammerzweiler und Heidweiler.

In der venetianischen Ebene ist in der Verfolgung die Livenzalinie erreicht. Mehrere tausend Gefangene.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. November 1917. (W. L. S.) Amlich wird verlautbart:

Die Italiener sind in vollem Rückzuge gegen die Piave. Unsere Verfolgungsoperationen verlaufen planmäßig. Umschaffendes Zusammenarbeiten österreichisch-ungarischer Gebirgstruppen zwang südwestlich von Tolmezzo einige Tausend Italiener sich zu ergeben.

Im Osten und in Albanien nichts von Belang. Der Chef des Generalstabes.

niemals geglaubt, daß es Flug oder möglich für ein Land wäre, einem anderen Lande vorzuzuschreiben, unter welcher Regierungsform dies Land leben solle. (Zustimmung.) Leas Smiths habe die Regierung angegriffen, weil sie ihre Kriegsziele so weit gespannt habe, daß diese jede Art von Zielen in sich einschließen, an welchen wir ein sehr geringes, unmittelbares Interesse hätten, und er habe dem Hause zu verstehen gegeben, er besitze glaubwürdige Mitteilungen darüber, daß die Alliierten durch einen geheimen Vertrag gebunden wären. Frankreich aber einem unabhängigen Staat den tatsächlich deutschen Teil Deutschlands auf dem linken Rheinufer auszuhandeln. Das sei vollständiger Unfug. Ein anerkannt deutsches Gebiet wegzunehmen und es vom Deutschen Reich loszureißen, sei niemals das Ziel der Alliierten gewesen. Man könnte aus den gehaltenen Reden schließen, daß die Regierung plötzlich zu dem Schluß gekommen sei, daß von allen erklärten Kriegszielen Elsass-Lothringen eine besondere Einzelstellung einnehme und nicht im Zusammenhang stünde mit irgendwelchen anderen Kriegszielen. Walfour fuhr fort: Natürlich wünschen wir die

Widerhaltung Elsass-Lothringens

(Zustimmung), dafür kämpfen wir zweifellos, aber nicht dafür allein, noch nimmt es unter den Kriegszielen eine besondere Stellung ein. Wir kämpfen in erster Linie dafür, daß Europa von der beständigen Drohung der Militärrherrschaft in Deutschland befreit würde. (Bravos!) Und teils aus diesem Grunde, teils an sich wünschen wir die Landkarte Europas so umgestaltet zu sehen, daß die verschiedenen Völker unter der Regierungsform leben würden, die sie wünschen und die ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihren kulturellen Bedürfnissen angemessen sei. In der Entschliebung war die Rede von Belgien und natürlich wird jedermann in diesem Lande ebenso wie nicht jedermann in Deutschland damit einverstanden sein, daß

Belgien vollkommen wiederhergestellt

werden muß. Walfour fragte weiter, ob die Einbringung der Entschliebung und ihre Partei sich nicht um die Mißregierung in Armenien und Arabien kümmern. (Bravos!) Sicherlich könnte man die Türkei nicht demokratisieren. (Weiterfort und Bravos!) Die Antragsteller scheinen zu glauben, alle diese Dinge könnten befriedigend erledigt werden, wenn es gelänge, die europäischen Mächte dazu zu bringen, sich zu Unterhandlungen um einen Tisch zu setzen. Ist das gesunder Menschenverstand? Dies wäre es, wenn Deutschland seine Zustimmung dazu geben würde, wie schon öffentlich angeregt ist, das alte Königreich Polen in den Grenzen herzustellen, wie sie nach Charakter und nach Bevölkerung polnisch sind. Das wird es nicht wollen. Hat es da einen Zweck, darauf zu warten, bis man sich um einen Tisch setzt und derartige Fragen erörtert? Alle Redner haben heute abend davon gesprochen,

als hätten wir unsere Kriegsziele geändert

und als wären wir von allen Diktatoren dasjenige, das nicht seine Kriegsziele bekanntgegeben hat. Das Volk, das seine Kriegsziele nicht bekanntgegeben hat, sind nicht die Alliierten. Es sind die Mittelmächte. Ihre Antwort auf die Walfournote beweist, daß sie nicht bestimmen können oder wollen, welches ihre Kriegsziele sind. In der Walfournote waren besonders zwei Punkte erwähnt, der eine Belgien, und der andere Polen. Ueber keinen von ihnen haben die Mittelmächte ein Wort gefogt. Washalb tabelt man dann uns?

Der eine der Redner hat unsere Kriegsziele als imperialistisch hingestellt. Sie sind aber nicht imperialistisch. Ist es imperialistisch, Armenien von der Tyrannei der Türkei befreit zu sehen, ist es imperialistisch, Elsass-Lothringen an Frankreich zurückzugeben zu sehen, daß Italien alle Mitglieder der eigenen Rasse, Zivilisation und Sprache in sich aufnimmt und die Rumänen unter rumänischer Herrschaft und die serbische Gesamtheit unter einer großen blühenden einheitlichen Macht zu sehen? In keinem dieser Dinge ist etwas Imperialistisches.

Wiel sei über einen Kongreß gesprochen worden, aber dessen Präzedenzfall würde in keiner Weise zweckmäßig sein, solange das Volk nicht wenigstens zum größten Teil vorher seine Zustimmung gegeben hätte. Soviel er wisse, sei in allen Fällen, in denen ein Kongreß zusammengetreten und zu einer Entscheidung gelangt sei, diese am Ende und nicht inmitten der Feindseligkeiten erreicht worden. Man müsse den Besteszustand des deutschen Volkes in Betracht ziehen: die Deutschen hätten Ansichten von internationaler Moral und von den Rechten und Pflichten eines mächtigen Staates, die durchaus verschieden seien von den Ansichten jeder anderen Gemeinschaft auf Erden. Niemals hätten die Deutschen eine einzige Verpflichtung übernommen, die ihre Freiheit, einen Nebenbuhler, den sie zu herabsetzen wünschten, zu treffen, beschränkt hätte; es gebe nicht einen einzigen Vertrag irgendwelcher Art, wenn auch noch so feierlich geschlossen, den Deutschland nicht ohne Zögern gebrochen hätte, sobald es ihm so gefiel.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag für den Bezirk Schleswig-Holstein.

Seit Kriegsbeginn hat am Sonntag und Montag im Generalschaftshaus in Kiel wieder zum erstenmal ein ordnungsmäßiger Parteitag für den Bezirk Schleswig-Holstein stattgefunden. Am Sonntag waren 72 Vertreter, als Vertreter des Parteivorstandes der Genosse Bartels. Wie aus dem vom Parteisekretär Genossen Kürbis erstatteten Bericht hervorgeht, sind auch in der schleswig-holsteinischen Parteibewegung die Folgen des Krieges fühlbar zu merken. Die Zahl der Mitglieder ist von 55 087 auf 30 465 gesunken, wobei allerdings zu bemerken ist, daß 20 367 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen worden sind. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um rund 4000 auf 7279 zurückgegangen, doch hat die Agitation im Monat Oktober gute Erfolge gehabt. Auch die Presse hat den Krieg gespürt. Die Abonnentenzahl der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, die vor dem Krieg 23 783 betrug, ging bis zum Schluß des Geschäftsjahres 1916/17 auf 19 104 zurück, die des „Hamburger Echo“, soweit dieses im Bereich des Bezirks verbreitet wird, von 13 725 auf 8223. Die unregelmäßige alle Monate einmal auf dem Lande verbreitete „Schleswig-Holsteinische Landpost“ mußte leider wegen der hohen Kosten zu Beginn des Krieges eingestellt werden. — Das Vereins- und Versammlungswesen hat naturgemäß unter dem Kriegszustand sehr gelitten. Versammlungen für die Friedensagitation wurden mit Ausnahme einer Versammlung in Kiel im ganzen Bezirk verboten. Die Friedenspetitionen wurden in vielen Orten beschlagnahmt, trotzdem kamen 70 843 Unterschriften zusammen. Genosse Kürbis hob zum Schluß seines Berichtes hervor, daß kein Grund zur Mißlosigkeit vorliege, die Organisation in Schleswig-Holstein sei trotz aller unabhängigen Treiberkreise völlig intakt geblieben und werde bald wieder das werden, was sie war und darüber hinaus wachsen. — Eine längere Aussprache erfolgte über die Presse. Die Haltung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und, abgesehen von Ausstellungen an Einzelheiten, allgemeine Zustimmung. Eingehend wurde der geschäftliche Stand der Parteipresse besprochen und beschlossen, mit Rücksicht auf die ständig steigenden Ausgaben den Bezugspreis von monatlich 1 M. auf 1,20 M. und für Kriegesfrauen von 80 auf 90 Pf. zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, eine Neuorganisation der örtlichen Kolportage vorzunehmen, die besonders darauf abzielt, eine engere Verbindung des Zeitungsvorstandes mit der Parteiorganisation herbeizuführen. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete das Referat des Genossen Adler-Kiel über „Die Aufgaben der Partei in der nächsten Zeit“. Adler ging in seinem Referat von den Verhandlungen des Würzburger Parteitages aus, zog die Aufmerksamkeit darauf für die besonderen Verhältnisse in unserem Bezirk und verbreitete sich besonders eingehend über die Aufgaben, die uns auf dem Gebiet der Kommunalpolitik bevorstehen. Der Parteitag stimmte einmütig den Ausführungen des Genossen Adler zu und beauftragte den Bezirksvorstand, aus dem programmatischen Teil des Vortrags die Folgerungen zu ziehen, die ihm von Fall zu Fall angemessen erscheinen. Damit fand der vorzüglich verlaufene Parteitag seinen Abschluß.

Organisation und Parteitag.

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Kreise Röss-Rees (Bezirk Niederhein) nahm den Bericht vom Parteitag in Würzburg entgegen. Die Aussprache geschah in zustimmendem Sinne und die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Würzburg vollständig einverstanden.

Besuchserfolg.

Unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“, hat in den letzten Wochen mehr als 2000 neue Abonnenten gewonnen. Der größte Teil dieser neuen Besteller entfällt auf die Front.

Stadthagen für Reventlow.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt einen Artikel Artur Stadthagens wieder, in dem dieser dem Grafen Reventlow gegen die Angriffe des „Vorwärts“ zu Hilfe eilt. Jeder kann sich seine Schillinge nach eigenem Geschmack aussuchen, Stadthagen aber verbindet seine Aktion für Reventlow mit einer hitzigen persönlichen Angriffe gegen Scheidemann und mich, wobei er erzählt:

Scheidemann machte im Jahre 1915 Anstrengungen, ihn zu reaktivieren: Stomper widersprach diesen Bestrebungen und gemüht seiner Militärpflicht in Oesterreich. Nachdem er einige Monate Pulver gerochen hatte, wurde ihm wieder nahegelegt, einem Reklamationsgesuch zuzustimmen. Stomper ließ sich erweichen. Er ist seit langer Zeit reaktiviert.

Da Stadthagen meine Angelegenheiten so gut kennt, so wird er jedenfalls auch wissen, daß ich mich erst „erweichen ließ“, nachdem ich drei Monate krank im Lazarett gelegen hatte, ohne daß meine Felddienstfähigkeit wiederhergestellt worden wäre. Warum verschweigt er das?

Stadthagen sagt auch die Unwahrheit, wenn er behauptet, ich hätte die Geißel über die Drückerberger geschwungen. Ich habe in der Kritik gegen Reventlow nur die Leute bekämpft, die ohne das Kriegsende an eigenen Leibe fassen gelernt zu haben, kriegsverlängernde Ziele propagieren. Um diese Leute beizuschlagen, beschimpfte ich Stadthagen.

Was er sonst an Klatsch zu Papier trägt, ist so albern, daß es eine Widerlegung nicht lohnt.

Friedrich Stomper.

Industrie und Handel.

Kapitalerhöhungen und Reichsbank.

In einer ausführlichen Rechtfertigung begründet die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Notwendigkeit der Beschränkung von Kapitalerhöhungen. Sie verweist mit vollem Recht auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Schonung des Geldmarktes und erwähnt, daß im ersten Halbjahr 1917 302 Millionen Mark neue Aktien gegen nur 124 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres aufgelegt wurden, während die industrielle Geldaufnahme in England von 38 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1916 auf nur 14 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1917 zurückgegangen ist!

Zu diesen vorerwähnten Ausführungen will es aber nicht recht passen, daß die Reichsbank dem chemischen Kongress die Genehmigung zu Kapitalerhöhungen von etwa 150 Millionen Mark gegeben hat. Es mag sein, daß durch diese Kapitalerhöhung Reichszuschüsse abgelöst werden, so daß das Reich auf Umwegen zu neuen Mitteln oder vielmehr zu einer teilweisen Eingiehung seiner Außenstände kommt. Aber es muß einen schlechten Eindruck machen, daß die neu ausgegebenen Aktien bereits für das ganze Jahr 1917 dividendenberechtigt sein sollen. Das ist ein reines Geschenk an die glücklichen Aktionäre und deutet auf große Liquidität bei den in Rede stehenden Gesellschaften. Allerdings wird versichert, daß die Dividenden etwas kleiner als im Vorjahre ausfallen sollen. Aber das dürfte nicht mehr als eine unbedeutende Nebenart sein, die die Entschlußfreiheit der Verwaltungen bei der endgültigen Dividendenfestsetzung im nächsten Frühjahr nicht beengt.

Kurssturz an der Wiener Börse.

An der Wiener Börse hat eine außerordentliche Uebertreibung aller Aktien stattgefunden, so daß die Rentabilität der meisten Papiere zwischen ein und drei Prozent schwankte. Nun zeigt auch die Berliner Börse Reaktionen zu sehr bedenklichen Kurstreibereien, und kein vorsichtiger Beurteiler wird behaupten wollen, daß das hier erreichte Kursniveau dem Kriegszustand irgendwie angemessen sei. Aber gemessen an den Wiener Verhältnissen sind die Kurse hier doch bei einer durchschnittlichen Rentabilität von sechs bis acht Prozent noch fabelhaft niedrig, was allerlei heißen will. Nun ist in Oesterreich der Rückschlag gekommen. Nach den großen Erfolgen in Italien begann die Wiener und Budapest Börse zu realisieren, und da zeigte es sich, daß dem allgemeinen Verkaufsdrang keine entsprechende Nachfrage gegenüberstand. Die Kurse sanken ganz enorm, aber was noch schlimmer ist, viele Papiere blieben einfach unverkäuflich. Gefördert wurde der Kurssturz durch staatliche Maß-

An unsere Leser!

Die unerhöhte Preissteigerung aller Rohmaterialien sowie die Steigerung der Arbeitslöhne, die infolge der hohen Lebensmittelpreise notwendig geworden ist, zwingen uns selber,

ab 1. Dezember den Abonnementspreis des „Vorwärts“ auf 1,50 M. pro Monat

zu erhöhen. Die Preise für das Zeitungspapier sind während des Krieges im Juli 1916 gegenüber dem Friedenspreise um 80 Proz., vom Juli 1917 um 100 Proz. und vom November 1917 um 200 Proz. gestiegen, die Preise für Farbe, Fett, Metalle usw. bis zu 500 Proz.

Unsere Abonnenten werden daher unsere Zwangslage verstehen und uns trotz der Preissteigerung, die wir aus niedriger gehalten haben, trenn bleiben. Wir fügen uns bei dieser Hoffnung auf die erfreuliche Tatsache, daß allein in den letzten 3 Monaten

unsere tägliche Auflage um 30 000 Exemplare gestiegen ist,

der sicherste Beweis, daß der „Vorwärts“ in seiner politischen Haltung und in seiner redaktionellen Ausgestaltung den Anschauungen seiner Abonnenten entspricht und die ihm gestellten Aufgaben in der Vertretung der Arbeiterinteressen erfüllt. Dieser seiner Pflicht wird der „Vorwärts“ allen Anfeindungen zum Trotz unerschütterlich treu bleiben; unsere Leser bitten wir, uns dabei mit allen Kräften zu unterstützen durch unangenehmste Berichten für ihre Zeitung, durch unermüdete Jahrgang neuer Leser. Dann werden wir alle Hemmnisse — oben und unten — überwinden.

Verlag des „Vorwärts“.

nahmen, wie durch Erlaß einer neuen Börseordnung in Budapest und durch die Erklärung des österreichischen Finanzministers, daß Gewinne aus Aktienverläufen, die in Kriegsjahren angelegt werden, von der Einkommensteuer befreit sein sollen. Wegen des Erfolges der neuen Börseordnung ist es an der Budapester Börse zu wilden Szenen gekommen, wobei jede Ordnung und damit auch jedes Geschäft aufhörte. Die Budapester Börse ist deshalb vorläufig geschlossen.

Groß-Berlin

Noch immer Salzangel.

Infolge der starken Wagonanforderungen für die Versendung der Kartoffeln sah sich das Kriegsernährungsamt vor einigen Monaten genötigt, den Bahnverband für Salz stark einzuschränken. Diese Einschränkung brachte notwendigerweise eine starke Salzknappheit in den Kleinhandelsbetrieben mit sich, die auch heute noch nicht beseitigt ist, trotzdem das Kriegsernährungsamt bereits vor einigen Wochen diese verkehrseinschränkende Bestimmung aufgehoben hat. Die noch bestehende Knappheit ist teils auf den gesteigerten Salzverbrauch der größeren Haushaltungen, die jetzt viel Salz zum Einkochen von Kohl benötigen, teils aber auch auf Massenläufe des Publikums zurückzuführen. Man fürchtet, jetzt könnte auch noch das Salz knapp werden, und eilt von Geschäft zu Geschäft, um noch einige Vorräte zusammenzubringen. Daß dabei der Höchstpreis vielfach in erheblichem Maße überschritten wird, braucht kaum noch erwähnt zu werden, denn es ist eine typische Erscheinung bei derartigen Angebotsmangel.

Bei einer Umfrage in einem großen Arbeiterbezirk wurde festgestellt, daß alle größeren Kolonialwarenhandlungen ohne Salz waren. Die Konsumgenossenschaft hat sich wegen der bestehenden Salamlage schon seit einiger Zeit zu einer bestimmten Sperrmaßregel veranlaßt gesehen, indem jede Haushaltung nur alle zwei Wochen ein bestimmtes Quantum Salz erhält. Aber die Lebensmittelstrategen der Groß-Berliner Gemeinden halten solche regelnden Maßnahmen für überflüssig und haben sie abgelehnt. Sie sind der Auffassung, das werde sich schon von selbst wieder einrennen. Und während die Gemeinden untätig zusehen — handelt das Publikum und kauft weiter, soweit es laufen kann. Der Kommunalpolitiker aber wundert sich über die Unwissenheit der Leute, die keine Kenntnis davon haben, daß wir in einem Lande leben, wo das Salz nicht alle werden kann. Er vergißt, daß die einkaufenden Hausfrauen auf derartige Einwände nichts mehr geben. Denn leben wir nicht im Lande der Kohlen und müssen sich nicht Frauen und Kinder noch immer, trotz Reichskommissar und Kohlenverband Groß-Berlin, Stundenlang anstellen, um von diesem enormen Kohlenvorrat nur soviel zu bekommen, um im bevorstehenden Winter ihre Wohnung unzureichend heizen zu können? Und haben nicht in der letzten Entleerungsperiode Tausende von Haushaltungen im strammen Winter und später im Hochsommer auf Kartoffeln verzichten müssen, trotzdem wir im Kartoffellande leben und nur ein Viertel oder ein Drittel unserer Kartoffelernte zur menschlichen Ernährung gebraucht wird?

Kann Schimpfe daher nicht auf die unwissenden Frauen, die beim besten Willen nicht übersehen können, wieviel Vorräte im Reich vorhanden sind und wieviel täglich hinzukommen. Aufgabe der Reichsstellen und der Gemeinden ist es, wenn solche Verkehrserschwerigkeiten entstehen, festzustellen: Wie lange kann diese Verkehrsnot bestehen und welche Vorräte sind noch vorhanden? Reichen diese zur Versorgung aus oder müssen irgendwelche regelnde Bestimmungen zur Einschränkung des Verbrauchs getroffen werden? Mit Ratschlägen über das unwissende Publikum und mit Gehens- und Geschehenlassen, bis sich die Dinge wieder von selbst regeln, kann man den heutigen Ernährungserschwerigkeiten nicht Herr werden.

Zogenannte Höchstpreise.

Die Preisabteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst macht mit Rücksicht auf zahlreiche Anfragen darauf aufmerksam, daß für Dauerkohl erst vom 1. Dezember ab die angegebenen höheren Erzeugerhöchstpreise gefordert werden können. Diese betragen für

Dauerweißkohl 5 M., für Dauerrotkohl 9 M. und für Dauer-Birfinkohl 8,50 M., bei Lieferung auf Grund eines von der Reichsstelle abgeschlossenen oder genehmigten Lieferungsvertrages 5,25 M. bzw. 9,45 M. bzw. 8,90 M. Bis dahin gelten auch für die Dauerkohlsorten die jetzigen allgemeinen Erzeugerhöchstpreise, für Weißkohl 4 M., bei Lieferungsverträgen 4,20 M., für Rotkohl 7,50 und 7,85 und für Birfinkohl 7 und 7,35. Zu diesen Preisen tritt, falls die Ware eingemietet war, der Zuschlag für Einmieten von 1 M. bis zum 30. November. Dieser Zuschlag darf aber nur dann gefordert und bezahlt werden, wenn die Ware tatsächlich eingemietet war.

Vielleicht ist die Reichsstelle auch so freundlich, Kohl zu den oben erwähnten Preisen den Vertretern der Verbraucher zu beschaffen. Bei den jetzt üblichen Handelsverhältnissen ist es keiner Gemeinde mehr möglich, Gemüse zum Erzeugerhöchstpreis zu erhalten. Alle Lebensmittelbezugsstellen gehen bei ihren Gemüsekäufen weit über die Erzeugerhöchstpreise, ja ziemlich bis an die Kleinhandelspreise heran. Am handlichsten ist der Handel mit Zwiebeln, die im Kleinverkauf 24 Pf. kosten sollen, aber jetzt im Großhandel mit 65 Pf. angeboten werden.

Die neue Lebensmittelverteilungsstelle Groß-Berlin.

Im Berliner Rathaus fand am Dienstagabend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche eine Sitzung von Vertretern Groß-Berliner Gemeinden statt, um zu der Frage der Schaffung eines einheitlich geleiteten „Lebensmittelverbandes Groß-Berlin“ Stellung zu nehmen. Es wurde ein Einverständnis erzielt. Dem Verbande soll es obliegen, die Nahrungsmittelverteilung, einschließl. Kohl usw., einheitlich für Groß-Berlin (Vorkartellgemeinschaft) zu regeln, um der jetzigen Unübersichtlichkeit mit allen ihren Ungleichheiten zu begegnen. Ein Ausschuß von 13 Mitgliedern soll die Geschäfte führen; davon entfallen vier auf Berlin und je einer auf die übrigen großen Städte und Landkreise bzw. Landgemeinden: Rantow und Steglitz. Die Abgrenzung des zu versorgenden Gebietes und der einzelnen Aufgaben, die Aufgabe von Sonderarten für die beschafften Vorräte in kleineren Gemeinden und ähnliche Fragen von untergeordneter Bedeutung sollen in einer späteren Sitzung geregelt werden.

Konfitüren auf Zuckerkarten.

Nach einem Beschluß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin dürfen die Konfitürenhändler nunmehr das Mittelfeld der Zuckerkarte zur Abstempelung für den Einlauf von Konfitüren verwenden.

Die sozialdemokratische Fraktion

hat folgende Anfrage bei der Stadtverordneten-Versammlung eingereicht: „Ist dem Magistrat bekannt, daß neuerdings wieder Bestrebungen im Gange sind, um zur Verbesserung größerer Kohlen- und Stromersparnis den Straßen- und Schnellbahnverkehr noch weiter einzuschränken und welche Schritte gedenkt er zu tun, um die jetzt schon bestehende große Verkehrsnot nicht zu einer völlig unerträglichen werden zu lassen?“ und den Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Unterstufungsfrage für Kriegervorfamilien nach der Bundesratsverordnung vom 2. November 1917 mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. heranzuführen; und zwar die Unterstufung für Ehefrauen um mindestens 10 M., für jedes Kind um mindestens 5 M. zu erhöhen, sowie eine Neuorganisation der Unterstufung solcher Kinder einzutreten zu lassen, deren Väter im Wehrdienst stehend, Witwer sind.“

Die diesjährige Generalversammlung der Freien Volksbühne

fand am 26. Oktober statt. Vaale leitete sie. Der Geschäftsbericht des ersten Vorsitzenden Conrad Schmidt schilderte die günstige Entwicklung, die der Volksbühnenverband nach dem ersten Kriegsjahr genommen. Seit der Verpachtung des Volkstheaters an Reinhardt im Sommer 1915 habe ein fortwährender Mitgliederzuwachs eingeleitet, der die entlassenen Läden zum großen Teil ausfüllte. Wenn wir vor Kriegsausbruch gerednet hätten, im Volkstheater mit 70 000 Mitgliedern zu beginnen, so könnten wir das Berichtsjahr 1917 immerhin mit 51 000 eröffnen und haben in der laufenden Saison bereits einen Bestand von über 80 000 erreicht. Diese Vergrößerung und die im Jahre 1916 beschlossene Erhöhung der Preise für die Abendvorstellungen auf 1,20 M. hat auch die finanziellen Verhältnisse entsprechend bessergestellt. Neben den Aufführungen ging unter Mithilfe vieler künstlerischer Kräfte die Veranstaltung von Konzerten im großen Saal des Volkstheaters wie die von Vortragszyklen und Mäntelbänden einher. Dann berührte der Vortragende das Verhältnis der Volksbühnen zu dem in Hildesheim gegründeten „Verband für deutsche Theaterkultur“ und die eventuelle Möglichkeit einer Angleichung. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß nach Ablauf des Nachwertes im Herbst 1918 das dann in die eigene Regie der Neuen freien Volksbühne zurückkehrende Volkstheater sich unter Ansehensleistung immer glänzender entfalten und dem Verein ständiges Wachstum sichern möge. — Den Kassenbericht gab der Geschäftsführer Binkler. Die Vereinsfinanzen haben sich in erfreulicher Weise gebessert. Die Einnahmen des Verbandes der Freien Volksbühnen betragen im Berichtsjahr (inkl. des Saldo von 30 048,07 M.) 1 039 406,34 M. — eine Million neununddreißigtausendvierhundertsechszehn Mark 34 Pf. —, die Ausgaben 1 024 708,14 M., der Kassenbestand am 31. August 1917 14 703,20 M., das Vermögen des Verbandes 12 737,40 M. Die vom Revisor Königs beantragte Decharge wurde einstimmig erteilt. — Bei den Wahlen für die Vereinsämter wurden die früheren Vertreter wiedergewählt. Zum Vorstand: Dr. Conrad Schmidt (erster Vorsitzender), Kurt Vaale (zweiter Vorsitzender), Julius Kaliski (erster Schriftführer), Robert Schmidt (zweiter Schriftführer), Gustav Winkler (Geschäftsführer); zum Ausschuß: Dr. Joseph Bloch, Dr. Otto Landsberg, Dr. John Schikowski, Friedrich Stomper, Dr. Franz Diederich, Frau Julie Jaded; zu Revisoren E. Königs, G. Jonas und G. Stübinger. Verwaltungsoblasten die Herren W. Wagner, G. Stübinger, Fr. Schnaase, G. Bohne, Fr. Wolff. Ebenso wurde die letztjährige Riste der Ordner und Objekte en bloc durch Wiederwahl bestätigt. — Eine angeregte Diskussion, besonders über die Stellungnahme zum „Verbande für Theaterkultur“ beschloß den Abend.

Kleine Anfragen.

5. „Gelegentlich einer dienstlichen Reise“ schreibt uns ein Leser — kam ich am 31. Oktober von der Front nach Berlin und benutzte diesen Aufenthalt, mir verschiedene Ausrüstungsgegenstände zuzulegen, die durch die Strapazen sehr mitgenommen waren. Unter anderen wandte ich mich auch an die durch ihre Bekanntheit mir bekannt gewordene Firma Eduard Saas, Militär-Effekten-Geschäft, Taubenstraße. Beim Eintritt in die Geschäftsräume dieser Firma empfing mich ein ca. 18-19-jähriger Verkäufer, dem ich mein Anliegen vortrug. Hierauf erhielt ich zur Antwort: „Es tut mir leid, wir dürfen an Mannschaften nichts verkaufen, nur an Offiziere!...“ Die Vertrackungen, die der Einmischer an dieses Erlebnis knüpft, wollen wir aus Höflichkeit verschweigen. Dagegen können wir die Frage nicht unterdrücken: Wer verhindert den jungen Mann, seine Waren an Mannschaften zu verkaufen? Hat deren Geld für die Firma Eduard Saas einen geringeren Wert als das der Offiziere? 6. Ein Berliner Kaufmann, der im Juli dieses Jahres, als die Kohlenbedarfsaufnahme stattfand, bereits war, sandte gleich nach seiner Rückkehr im August alle zur Ausstellung einer Kohlenkarte vorgeschriebenen genauen Angaben unter eidesstattlicher Versicherung

Deutsche Feldgraue in der Schweiz.

Schwer hat die Schweiz an den Lasten des Krieges zu tragen — ist sie doch rings von kriegführenden Staaten umschlossen. Zu allem hat sie sich selbst freiwillig eine weitere Last auferlegt, die gewiß nicht leicht ist: wenn sie schwerverwundete, fremde Krieger zu Gast geladen hat und aufopfernd pflegt, so ist dies ein Werk der Nächstenliebe, das um so höher zu bewerten ist, als das kleine Land für die Kriegsgefangenen, für die Zivilgefangenen usw. schon viele Opfer gebracht hat. Durch die Schweiz ist im Weltkriege zum ersten Male derwirtschlich worden, was die Genfer Uebereinkunft angeregt hatte, daß ein neutrales Land sich schwer verwundeter Krieger annimmt. Im Januar des vorigen Jahres sind die ersten deutschen Feldgraue in der Schweiz angelangt. Wie sie dort aufgenommen wurden — und was alles die Schweiz für sie getan hat, zeigt an der Hand vieler wohlgeleitener Lichtbilder ein Büchlein, das unter dem Titel „Die deutschen Kriegsgäste der Schweiz“, herausgegeben von der Abteilung für Kriegsgefangenenfragen der Deutschen Gesandtschaft in Bern, soeben bei H. Piper u. Co. in München erscheint.

Was Nächstenliebe nur immer erinnern kann, ist für die feldgrauen Gäste gewesen. Ihre Unterbringung in den schönsten, klimatisch günstigsten Gegenden des herrlichen Schweizerlandes hat mit der in einer Kaserne oder einem Krankenhaus nichts gemein; meistens sind es kleinere Gasthäuser oder Fremdenpensionen, die in sogenannte „Hospitalisierungsheime“ umgewandelt sind; die Orte, an denen sich diese Heime befinden, täuschen aber dennoch das Bild kleiner deutscher Garnisonen vor, wenn man Abteilungen über die Straße rücken oder im Freien üben sieht. Es ist ganz erstaunlich, wie rasch sich die feldgrauen Gäste meistens erholt haben, dank der ausgezeichneten Pflege, der sorgfältigen ärztlichen Behandlung und — nicht zum wenigsten — Gefühlsnähe: die verwundeten Krieger, die sich als Kriegsgefangene verhalten und ausgestoßen fühlen, sehen auf einmal die schönsten Beweise dafür, daß das Vaterland, das Meer sie nicht vergessen haben, sondern dankbar ihre treue Pflichten erfüllen anerkennt. Freilich erholen sich nicht alle so rasch; viele sind darunter, bei denen eine bestimmte Nachbehandlung nötig ist, und sie finden diese in wahren ärztlichen Mutteranstalten. Bei einer Anzahl schwer verwundeter Krieger ist die Kunst des Chirurgen vergeblich; die Orthopädie ist es, die sich der Kriegsbeschädigten annimmt, um sie wieder zu arbeitsfähigen Menschen zu machen.

In den Hospitalisierungsgebieten sind große orthopädische Werkstätten geschaffen, so die deutsche Internisten- Schuhmacherei und orthopädische Werkstätte Stansstad, die zu einer Werkstätte für orthopädische Apparate, künstliche Glieder usw. geworden ist und seit langem ihre legendäre Tätigkeit ausübt. Kriegsbeschädigte arbeiten hier für ihre verstümmelte Kameraden, die aus ihren Händen um so lieber die Apparate empfangen, die ihnen den Weg ins tätige Leben ermöglichen sollen. Bei den Feldgrauen, die in der Schweiz Genesung gefunden haben und wieder zu Kräften gekommen sind, regt sich überall das Verlangen nach Betätigung. Auch hierfür ist gesorgt: es ist Gelegenheit zu Selbstbildungen und Sport, zu Garten- und Landarbeit, und auch die Geisteskräfte können sich betätigen: die Feldgrauen, die künstlerische Neigungen in sich verspüren, haben sich zu Orchestern oder Männerchören zusammengesetzt, viele Hospitalisierungsorte haben ein eigenes Internisten-theater, und die Feldgrauen, die durch den Krieg in ihrer Ausbildung unterbrochen worden sind, haben reiche Gelegenheiten zum Lernen.

Gemeinlich mit der Deutschen Gesandtschaft in Bern hat das Unternehmen „Pro Captivis“ (für die Gefangenen) die Ausbildung in die Hand genommen. Kopiarbeiter wie Handarbeiter sind dabei beschäftigt; es gibt Fortbildungskurse für alle möglichen Fächer, bei denen geeignete Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften als Lehrer tätig sind, während die Vorkursanten für deutsche Kriegsgefangene in Bern die Lehrmittel zur Verfügung stellt. Es gibt ferner deutsche Fachschulen für die deutschen Gäste der Schweiz, so die Technikerschule in Zürich, die Bergschule in Chur, die Musikerschule in Luzern und viele andere, ja diejenigen, die ihre Ausbildung an einem Gymnasium oder an einer Universität fortsetzen wollen, können dank dem hochherzigen Entgegenkommen der Hochschulen und der Schulbehörden der Schweiz am Unterrichte teilnehmen! Die Gäste der Schweiz schließlich, die wieder arbeitsfähig geworden sind, finden in 40 eigenen Werkstätten, darunter mehreren Großbetrieben, bezahlte Arbeitsgelegenheit, und was für erfreuliche Leistungen diese Werkstätten aufzuweisen haben, das ist auf mehreren Ausstellungen gezeigt worden, so beispielsweise im März dieses Jahres in Frankfurt a. M.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines ferdinanden Jahrhundert. Von H. France.

„Sie waren es und nicht ich, die die Hand der Kirche in die des Staates legen will. Ich folge ihrem Wunsche aber nur, um Sie auf den rechten Weg zu Ihrer Seelenruhe zurückzuführen und um auch dem jungen Mann den Weg des Rechts und des Guten zu weisen — aber nicht ich, Sie haben dafür vor Gott und den Menschen das Verdienst und — die Verantwortung.“

Und er streckte ihr salbungsvoll die Rechte hin, die sie, seine feierliche Form des soeben geschlossenen Paktens mahnend, aber voll Klarheit, daß sie nun ihr Ziel erreichen werde, aufzubehalten hätte.

Dann trat Stille ein im Gemach. Der Jesuit begrub den Kopf in die Hände und sann nach. Als er wieder aufhob, war sein Auge väterlich mild und freundlich wie vordem.

„Meine Tochter“, begann er im Tone des überlegenen Statgebers, „der Graf hat dieses Subjekt — wie heißt es doch?“

„Michalansky“, fiel sie ein.

Er nickte.

„Er hat diesen Michalansky unvorsichtigerweise in ein Vertrauen gezogen, das jener nicht verdient. Das darf man nicht. Subalterne dürfen nie wissen, was die ihnen befohlenen Handlungen eigentlich bedeuten und in welchem Zusammenhang sie zu der ganzen Absicht stehen. Jener Michalansky ist also gefährlich geworden und würde, wenn er im Gefängnis bliebe, wo er ja ohne seine Schuld sitzt, den Grafen und vielleicht auch Sie kompromittieren. Der Student dagegen ist harmlos und auch nicht ganz schuldig, an den kann sich ja die Polizei auf jeden Fall halten. Freilich auch besser unauffällig, da sie selbst große Fehler begangen hat, aber Michalansky muß frei werden.“

In den Arrest gekommen ist er eigentlich in letzter Hinsicht durch meine Tochter — Sie müssen ihn also auch frei machen. Und zwar am besten durch eine Audienz beim Statthalter, die ich vermitteln will.

„Es ist nun Ihre Kunst, mein Kind, Ihren Willen beim Statthalter durchzusetzen, der ja für Kunst und Schönheit

Hammereschlägerinnen.

Im Glutenschein des mächtigen Schweißofens huschen die Schatten der Arbeitenden wie Riesenspinnen auf und nieder. Das Röhren und Rosten und Leuchten der Maschinen wird zeitweilig Gewinsel und Geseul, und die hier ihrer Arbeit erlassen, ruhig, gewandt und verantwortungsvoll, müssen starke Kerben haben. Es sind Frauen, junge, schlank, künigliche Frauen und Mädchen; in öligen, arbeitsschmutzigen Blusen, Bluderschleien und Schatzstiefeln tun sie ihre Arbeit. Es sind Hammereschlägerinnen, erst im letzten halben Jahre haben unsere großen Maschinen- und Holzwerke und Stanzereien weibliche Arbeiter an die mächtigen Eisenhammer, an die schweren wuchtigen Schweißbänke und Hebel gestellt. Da sieht man vom glühenden Ofenfeuer beleuchtet, eine junge Frau den langen schweren Feuerhammer regieren, als wäre er ein Mannesbolz, ein Spaten oder ein Spinnrad, so geschickt geht sie mit dem Werkzeug um. Schaut man näher hin, so erkennt man die Schwere der Arbeit an dem tiefen Atemholen und an der schnellen Faust, deren Ueberläufe von gewaltiger Ausdehnung geschwollen sind. Die Frau greift mit beiden Händen ihre Eisenhammer und läßt sie tafelmäßig, ruhig und lösend auf das Eisenstück auf dem Tisch und im Maschinenraum fallen. Man erschrickt förmlich vor diesem Schlag, vor diesem Ausstoßen dazu und glaubt, die Arbeiterin wache ins Riefenbaste bei dieser schweren Arbeit. Wir neigen uns zu ihr in der Viertelminutenpause zwischen Ausstoßen und Schlag, um ihr zuzuhören, wie lange sie sich geübt habe, wie sie sich zu dieser Arbeit allmählich vorbereitet und was ihr Verdienst am Tage sei? Langsam dreht sie uns ihr Gesicht zu, aber von der heißen Arbeit belebte Augen sehen uns fast stolz an. Sie teilt uns mit, daß sie bei 8—10stündiger Arbeit täglich 5—6 M. und im Afford wohl 10 M. und darüber verdiene. Erst habe sie an der Eisenhammermaschine gearbeitet, dann am Schmelzofen unter Aufsicht von Männern und nach drei Wochen sei sie hier am Eisenhammer vor den glühenden eisenschmelzenden Schweißbänken gekommen. Rosten wie ein Schmelzofen, hinter dem der Wind in purgelnden Wellenbächen herborbrist, geht das Ofenrohr in die Höhe und über die Eisenbahn rückt zuckend, flammig und glühend das gefochte Eisen. Vor der Ofenwand zuckt das Gesicht unwillkürlich zurück und eine kühnere Straßheit huscht über Baden und Stirn. In diesem Augenblick poltert strönd hart der Eisenhammer und dann die Ränge auf das Eisenstück. Ruhig holt die Hammereschlägerin aus, höher trifft ihr Schlag und das bearbeitete Stück läuft wie ein Kautschukstück zurück in den feurigen Rachen. ... Draußen liegt im gleichen Maschinenraum die Hebeleschlägerin. In der Nacht schiebt sie zwischen die unauffällig auf und nieder wippende Metallbearbeitungsmaschine einen Reiflingstumpfen oder einen Eisenklammer, indessen die linke Faust fabelhaft sicher und rasch den schweren Hebel am Werk in Tätigkeit setzt. Sie fertigt so täglich ihre 8—4000 Deckplatten an, die ihre weitere Verarbeitung und besondere Verwendung finden.

Einige junge Schlossergehilfen leisten die gleiche Arbeit, und da es hier in Afford berechnet wird, stellt sich heraus, daß ihr Verdienst geringer ist als der der Arbeiterin. ... Hat die Kameradschaftlichkeit, die unter diesen Hammereschlägerinnen und den Frauen am Eisenhammer, sowie unter den männlichen Arbeitern sich einstellt bei ihrer gemeinsamen Arbeit ist entscheidend, daß der Hammereschläger Hochachtung vor der Kraft der Arbeiterin, vor ihrer Ausdauer und ihrem Verantwortungsfähigkeit empfindet. Nach kurzem Bestimmen geschieht er: „Bei anderen Fabrikarbeiten merkt man meistens bald die Unachtsamkeit der Arbeiterin, aber hier im Eisen und zwischen der furchtbaren heißen Arbeit hat die Frau nicht mal Zeit, Launen zu haben. Sie schafft ehrlich wie ein ausgeleierter Arbeiter.“

R. K. N.

„Drei Tage“.

Ein neues Werk Heyolds.

Das Elend der Arbeitslosigkeit, ein Kapitel aus „goldenen“ Friedenstagern, spricht eindringlich und anfassend aus dem neuen Buche des Wiener Arbeiterdichters Heyolds: „Drei Tage.“ (Verlag Eduard Strauß, Waidndorf bei Wien.) Die Not der Gegenwart macht uns zu leicht geneigt, die ferneren Zeiten des Friedens mit einem verklärenden Schimmer zu umweben, den sie wenigstens für uns Arbeiter nie beleuchten haben. Heute ertragen wir wenn auch nicht Kräfte, so doch durch ihre Endlosigkeit und Hoffnungslosigkeit schwerere Entbehrungen und Zustände als die in dem Heyoldschen Buche geschilderten, wenn gleich mit dem Bewußtsein der Unterordnung unter höhere Notwendigkeiten. In den Zeiten dieses Buches aber locken

die Empörung und die Verhinderung eines Menschen, der willig zur Arbeit, inmitten Wohllebens und verschwenderischer Fülle hungern, freieren und sich in seinen arbeitslosen Lumpen als einen Ausgestoßenen der Gesellschaft betrachten muß. Diese Psychologie des Arbeitslosen, der zuletzt über Nacht gar in einem Erbloschen haften muß, verleiht der Dichter in einer Weise zu schildern, aus dem das Unmittelbare eigenen Erlebens atmet, und die an Form und geistigen Gehalt an den Meister moderner Seelenbildung, Dostojewski, erinnern mag.

Es ist schwer, sich dem Buche zu entziehen, bevor man es nicht zu Ende geleitet hat.

Dem Arbeiter aber sei es besonders geraten, das Buch in die Hand zu nehmen, weniger, weil es einer aus ihrer Mitte geschrieben hat, als vielmehr, um in voller Weite zu erkennen, welche einschneidenden Fragen (und es werden W a c h t fragen sein!) nach dem Kriege mit vielleicht doppelter Dringlichkeit auf ihn eindringen werden, deren Lösung von seiner Verheißung abhängt.

Wie der Berliner Zensur genasfikt wurde.

Nicht sehr geschah es, sondern im Anfang der vierziger Jahre, als auch noch in der Friedenszeit der Zensur seines Amtes wartete. In einem Zimmer des alten Fürstentums in Berlin, in der Kurstraße, saß er und las jede der für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen, die damals noch alle in das „Berliner Intelligenzblatt“ eingelesen werden mußten, weil ein Teil des Reinertrages dieser Zeitung zum Unterhalt des Potsdamer Militär-Waisenhauses bestimmt war. Einem einzigen gelang es einmal, diesen gestrenghen Zensur zu umgehen, nämlich dem Kriminal-Aktuarus Stein, der stets allerlei tolle Streiche machte, und der später als „Fischling“ in der Schweiz farb. Es war kurz nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., als der Minister Koch von Kochow im seinen Widwidig hat, der ihm auch bewilligt wurde. Kochow war im höchsten Grade unbeliebt, und es ist die Frage, ob der Aktuarus Stein seinen Scherz an diesem auslassen oder dem Zensur ein am Zeuge finden wollte, vielleicht auch zwei Fingern mit einer Klappe schlagen wollte. Wenn, eines Tages erschien im „Intelligenzblatt“ mitten unter Schaffstücken und ähnlichen Anzeigen die Aufündigung: „Meinen Hausdiener Kochow habe ich heute entlassen. Friedrich Wilhelm König.“ Natürlich wurde die Anzeige mit allgemeiner Heiterkeit gelesen, freilich nicht von Herrn von Kochow, der aber als Minister a. D. nichts zu tun vermochte, zumal die Annonce zensurirt war. Der arme Zensur tobte über sein Mißgeschick; aber der König tröstete ihn.

Notizen.

— Das Parlamentsgefängnis. Im Hinblick auf die gegenwärtige Verleumdungsmode unter den unaufrichtigen Abgeordneten bringt der „Figaro“ in Erinnerung, daß es im Westminster-Palast, dem Sitz des englischen Parlaments, auch ein Gefängnisraum gibt. Dieser sogen. Arturm war früher für Abgeordnete bestimmt, die sich den Vorschriften des Hauses nicht unterworfen. Der letzte Bewohner des Raumes war der Parlamentarier Bradshaw, der sich trotz der Ordnungsrufe geweigert hatte, seine Rede zu beenden. Der „Figaro“ wünscht dringend, daß auch die französische Kammer sofort einen Gefängnisraum innerhalb ihrer Mauern einrichte!

— Eine Wiederaufnahme deutschen Silberberghaus ist in mehreren Gegenden zu bezeichnen. Der früher wegen des gesunkenen Silberpreises eingestellte Betrieb lohnt jetzt wieder, da der Silberpreis wieder stark gestiegen ist — doppelt so hoch als zur Zeit seines tiefsten Standes.

In Neudorf am Harz werden die Stollen schon wieder behahren und auch der allberühmte Bergbau bei Freiberg in Sachsen soll wieder auf Silber eröffnet werden.

In sieben Jahrhunderten hat dieser Silber im Wert von neunhundert Millionen Mark geliefert und zur Reformationszeit den Reichtum Sachsens schaffen helfen.

— Was die russische Geheimpolizei in Paris kostete. Auf Grund der Untersuchungen, die mehrere von Paris nach Russland heimgekehrte Flüchtlinge in den Geheimarchiven der Polizei angestellt haben, wurde festgestellt, daß das jährliche Budget der zaristischen Okrasna 700 000 Frank als Kosten für die in Paris unterhaltenen Geheimpolizei veranschlagte. Der Leiter dieser Pariser Filiale der Okrasna hatte in den letzten Jahren 27 Mitarbeiter. Der erste der Lockspiegel, dessen Namen zur Stunde noch geheimlich ist, erhielt das beschriebene Jahresgehalt von 30 000 Frank, die beiden Gehilfen, die ihn in seinem ehrenvollen Gewerbe unterstützten, bekamen jährlich 24 000 und 20 000 Frank.

Verständnis hat“ — und wieder streifte sein Blick unverschämte ihre Gestalt.

„Der Statthalter ist kein Freund unseres Landes und hat uns zu verhindern gewußt, daß auch den und affiliierten Ordensbrüdern hier in der Stadt gestattet werde, ein Konvik für adelige Jünglinge zu errichten, auch hat er den Reklamatorien die Benefizien und die seit altersher für uns gestifteten Reklhäuser genommen — er hat Konvikien daraus gemacht. Wenn der Vater Guardian an St. Moritz wenigstens den Religionsunterricht in der Offizierschule wieder erhält, den man siliert hat, und wenn das Konvik genehmigt wird, dann ist doch immerhin ein kleiner Teil von dem Unrecht gutgemacht, das die Regierung gegen ihre eigenen Interessen verblendet an unserem Orden begangen hat.“

„Und dann erhalte ich die Schriftstücke und werde Reinhard hier bei mir sehen?“ unterbrach Bisson ungeduldig den langen Sermon, der sie nicht im geringsten interessierte.

Der Jesuit machte eine bejahende Gebärde.

Bisson dachte einen Augenblick nach und wie zufällig fiel dabei ihr Blick in den Spiegel. Sie lächelte befriedigt.

„Bon“ sagte sie und nun lächelte sie nicht mehr, sondern drückte kräftig die ihr hilfsbereit dargebotene Hand der Kirche.

III.

Der Morgen des 28. Mai wird im Seboldsdorfschen Hause für immer denkwürdig bleiben. So dachte Franz der Stift, als er vor den sein noch jugendlich krauses Haar bedrohenden Däumeln in den stillen Kellerraum schlüpfte, wo in traulichem Halbdunkel neben den zwei großen Weinfässern die für die Privatlabung des Herrn höheren Rates selbst bestimmt waren, eintätig die kleineren Flaschen mit Del, Sirup und die großen grünen Glasflaschen mit Spiritus und ihm noch fremden Liquoren ruhten, deren scharfer balsamischer Geruch seine Phantasie immer auf Reisen verlockte. Es ließ ihn sofort und stets eine ganz bestimmte, wenn auch sonderbare Vorstellung von fremden Ländern und schwarzen Menschen erleben. Es war aber auch seit langem nicht so oft nach seinen Ohren gegriffen, aber ihm eine ausgiebige Beschäftigung in nahe Aussicht gestellt worden, wie gerade heute, da der Tag zuerst heraufzog, wie jeder andere, bis es damit begann, daß Jungfer Regina am gemeinschaftlichen Tische, an dem das ganze Haus zum Morgengete und nachfolgendem Frühstück versammelt wurde, fehlte. Das Jüngferchen habe die Nacht über kein Auge zugetan und

ruhe nun, hieß es erläuternd. Dann war der Chef ausgegangen und hatte besonders darauf gesehen, daß man ihm den neuen Rod gut dürste. Die eigentlich merkwürdigen Ereignisse begannen erst, als Tante Penck, wie auch der Lehrling das alte Fräulein ebenso familiär wie respektlos benannte, ihm plötzlich ganz verfürzt über den Weg rannte und ihn, weil er mit Düten beladen, gar nicht ausweichen konnte, einen Ripel hieß. Gleich danach fielen die Schicksalschläge hagelnd auf sein Haupt. Der Chef war hochrot nach Hause gekommen und schnaubte erst ein paar mal fürchterlich. Dann hörte man seine grobe Stimme.

„Er will mich wohl zu Grunde richten mit seiner unfinnigen Reittage!“ schrie er. „Die Regel sei es, sagt er, Regel ist das, der alle Schafe nachlaufen.“

Da nur Herr Schnurbein im Zimmer gewesen, mußte er wohl das Schaf sein, von dem die Rede war.

Und richtig schloß er auch spornstreichs aus der Tür, hatte sofort die Boden des unglücklichen Franz zwischen den Fingern und brüllte ohne allen Anlaß:

„Was mödert er da herum, statt zu arbeiten, Schafskopf!“

Und als das Objekt seines Zornes sich in die Waggammer verlor, so geschah es nur, um dem zweiten Gehilfen in die Hand zu fallen, dem von dem Chef auf 24 Stunden gefündigt worden, obzwar er heiraten wollte, dessen Grimm sich daher wie ein tobendes Ungewitter über den unglücklichen Stift ergoß.

Da war er denn in seiner Herzensangst hierher gelaufen, wo er schon manchmal das Gleichgewicht seiner oft geschüttelten Reifungsseele wiedergefunden hatte mit Hilfe des einen oder anderen Stüchchen Kandiswaser, das sich aus den lagernden Ballen knabbern ließ. ... So sah er denn auch jetzt über dieser angenehmen Beschäftigung und hörte nur von fern den Strom der Ereignisse brausen, von dem namentlich immer wieder die Stimme des Handelsherrn vernehmlich war. Sie klang wie rollender Donner. Der Chef sahien sich inzwischen vom Gehäuf der Familie zugewendet zu haben, denn zwischendurch erlauchte des Knaden scharfes Ohr auch Frauendörner. Doch was war das? Dritte näherien sich der Kellertüre. Rasch verzog er sich in den hintersten und dunkelsten Winkel, von wo aus er ungehört durch den Spalt zweier Kisten nach der einigermaßen beleuchteten Tür lugen konnte.

(Fortf. folgt.)

Wenn Deutschland aufrichtig demokratisch wird, so können wir hoffen, es derselben Richtung folgen zu sehen wie andere Völker. Aber steht dies nahe bevor? Balfour meint, es gebe in Deutschland wahrscheinlich weite Kreise mit Verständnis für die Ideale, welche die öffentliche Meinung in Nordamerika, Frankreich, Italien und England beherrschen, aber diese Kreise seien machlos. Die Ikonie unter diesen Umständen eine Konferenz Erfolg haben! Bevor dies möglich werde müßten die Mittelkräfte, welche jetzt mit der Rückführung der kleinen Völker und zu ihrer dauernden Unterwerfung bereit sind, England her machen, wie weit sie dem höheren Geist der Politik entgegenkommen könnten, der die archaischen Gemeinwesen der Erde befehle.

Balfour hat das Haus, den Ministern und den Feinden mit überwiegender Mehrheit zu erklären, daß England, so gut auch die für die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit schon gebrachten Opfer seien, bereit sei, sie ohne Einschränkung fortzusetzen, bis seine großen berechtigten und selbstlosen Ziele, denen es nachstrebe, endgültig gesichert seien. (Lauter Beifall.)

Nach einer kurzen Rede A. S. Quiths, der Balfour unterstützte, erhob sich ein pazifistischer Abgeordneter, um die Aussprache fortzusetzen, aber seine Stimme ging in den Ruf: Abstimmen! Abstimmen! unter.

Donat Laro beantragte darauf unter beläufigem Beifall Schluß der Versammlung, der mit 282 gegen 33 Stimmen der Pazifisten angenommen wurde. Sodann wurde die Entscheidung in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Rückzug der Italiener.

Wien, 7. November. Der Kriegsberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ meldet: Hand in Hand mit dem Vormarsch der verbündeten Truppen gegen die Tagliamentoübergänge ging auch die Tätigkeit unserer Marinekräfte, die die italienischen Küstenschiffungen zurücktrieb. Die Italiener suchten unter allen Umständen die Tagliamentoöffnung zu behaupten und das verzweigte Lagunengebiet durch Minen und durch Verankerung von Schleiern, Vaguetmaschinen und Motorbooten unpassierbar zu machen. Die österreichisch-ungarischen Marineteilungen machten sich daran, das verlegte Gebiet zu säubern. Nachdem Grado besetzt war, wurde Porto Tiso genommen und daraufhin die Minensperre beseitigt. Am 8. November gelang es einer Torpedoflotte, sich der Insel San Andrea zu bemächtigen und dadurch den Gegner eines wichtigen Stützpunktes zu berauben. Daraufhin wurde die energische Tätigkeit gegen die Tagliamentoöffnung fortgesetzt.

Italienischer Heeresbericht vom 6. November. Der Feind fährt fort, einen starken Druck gegen den oberen Tagliamento in der Richtung auf unseren linken Flügel auszuüben. Er ließ seine Truppen in Richtung des mittleren und unteren Laufs des Flusses vorgehen. Abteilungen der feindlichen Vorhut gerieten mit Abteilungen der Grenadierbrigade in Verührung und wurden südlich von St. Vito am Tagliamento zurückgedrückt. Einige Abschnitte in der Gebirgsgegend mußten von uns aus Operationsrückgründen geräumt werden; sie wurden vom Feinde besetzt, nach Zurückziehung unserer Truppen. Am Morgen wurde ein feindliches Flugzeug über Kerbesa abgeschossen.

Italienischer Bericht vom 7. November. Angesichts der Schwierigkeiten einer Verteidigung am Tagliamento, dessen Wasser gegenwärtig niedrig ist, haben wir unsere Linie nach der Livenza zurückverlegt. Unser im Norden mit uns durch unsere Deckungsabteilungen und im Süden durch unsere nachhuten gedeckter Rückzug konnte sich in guter Ordnung vollziehen. Unsere Flugzeuge und Lenkflugkörper bewarfen feindliche Truppen und in der vergangenen Nacht mehrmals mit harter Wirkung feindliche Streitkräfte, die beim Wiederaufbau von Brücken beschäftigt oder dabei waren, den Tagliamento zu überschreiten. Unsere Flieger schossen vier feindliche Flugzeuge ab.

Heber Lugano verkauften: Flohb George, Vainlevé, Robertson, Hoch, Smuts, Cadorna und Orlando hielten am Montag ihren ersten Kriegsrat ab. Danach seien die notwendigen Maßnahmen wegen der Teilnahme der englisch-französischen Truppen getroffen worden.

Aus Rom wird gestern mitgeteilt: Mehr als 350 in Rom anwesende Abgeordnete haben einen Aufruf zur Einigkeit an das Land erlassen. Besonders wendet er sich an die Soldaten, die ihre Kriegseindlichkeit zumal in letzter Zeit stark genug zum Ausdruck gebracht haben, an das Volk auf dem Lande, wie das in den Fabriken. Aufrichtig sind die entsprechenden tönenden Worten in dem Aufruf angebracht. „Der geschickte Fortschritt würde in der Niederlage und in der Anekdote unheilvolle Fesseln finden.“ Von den Ueberlieferungen unserer Väter wird geredet und „König Victor Emanuel und der vollstündliche Feld Garibaldi“ werden als Zugkraft herangeführt. „Italien kann nicht besetzt werden! Es muß in der Welt seine zivilisatorische Aufgabe weiter erfüllen!“ Der Aufruf wäre sicherlich nicht erfolgt, wenn nicht schwere Verfürchtungen beständen.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird gemeldet: Die parlamentarische Gruppe der italienischen offiziellen Sozialisten nahm noch längerer Erörterung eine Tagesordnung an, in der es heißt: Die parlamentarische Sozialistengruppe gibt im Einvernehmen mit früheren, wiederholten Erklärungen dem Gemeinheitsgefühl der sozialistischen Partei mit dem vom Schicksal betroffenen Lande und mit allen Leiden des Krieges Ausdruck. Sie bekennt ihren Willen, gemeinsam mit allen Parteioptionen die Hilfsaktion zu verstärken und zu erweitern, überzeugt, daß dies das beste Mittel sei, unter der Bevölkerung in der gegenwärtigen Stunde die notwendige Ruhe zu bewahren.

Die Gärung in Irland.

Amsterdam, 7. November. Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ aus London meldet, schreibt „Daily Telegraph“: Wir wissen nicht, zu welchem neuen Transzendent die Ereignisse in Irland werden, aber es ist nur allzu wahrscheinlich, daß eine Tragödie mit Blutvergießen bevorsteht. Irland ist eine löchende Masse von Anarchie. Die Regierung soll auspassen, daß der Kessel nicht überläuft. Was Irland im Augenblick braucht, ist eine starke Hand.

Rußland und Finnland.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung stimmte den Gesetzen über die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland und ihrer Prüfung durch den Landtag zu. Die Gesetze bestimmen, daß Finnland in seinem Gebiete mit Rußland vereinigt bleibt, aber unter eigener gesetzgebender und Regierungsgewalt. Finnland ist Republik und hat einen eigenen

Präsidenten und einen eigenen Ministerrat. Die Minister, die sich mit Kriegs- und Friedensfragen befassen, sind gemeinsam für Rußland und Finnland. Verträge mit fremden Ländern werden durch die russische Regierung geschlossen.

Iwanowo-Wohnessensl.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Bezirk Iwanowo-Wohnessensl in der Provinz Moskau, wo sich große Tuchfabriken befinden, sind 300 000 Arbeiter in den Aufstand getreten.

In der Geschichte der Verfolgungen der russischen Arbeiterschaft während des Weltkriegs steht Iwanowo-Wohnessensl mit blutigen Letzern bezeichnet. Im Sommer 1915, als der Zusammenbruch der russischen Heere die revolutionäre Bewegung gegen den Zarismus gewaltig anfaßte, traten die Arbeitermassen auch jenes Bezirks in den Aufstand. Sie wurden von den zaristischen Sbergen gewaltig niedergeworfen. Der Name Iwanowo-Wohnessensl haßte fortan durch ganz Rußland als ein Signal, das dem russischen Proletariat sagte, woran es war.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. November. Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England:

13 000 Br.-Reg.-T.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein Dampfer, der 5500 Tonnen Waids für England an Bord hatte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amerikanischer 12 000 Tonnen-Dampfer torpediert.

Washington, 6. November. Der amerikanische Transportdampfer Finnland (12 700 Br.-Reg.-T.) wurde auf der Küste nach Amerika torpediert, erlitt jedoch nur sehr geringen Schaden. Es gelang dem Dampfer, mit eigener Kraft einen fremden Hafen zu erreichen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein nordischer Friedenskongreß wird in Kristiania in den Tagen vom 8. bis 4. Dezember stattfinden. Jedes der skandinavischen Länder schickt dazu 25 Delegierte. Die Tagesordnung des Kongresses behandelt u. a. die Gründung einer nordischen Friedensorganisation und die nordische Arbeit zur Gründung eines Staatenbundes.

Keine Abtretung Elsaß-Lothringens.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung:

Trotz den mehrfachen Feststellungen ihrer Unrichtigkeit tauchen immer wieder Gerüchte über angebliche Angebote der deutschen Regierung, welche die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich zum Gegenstand gehabt haben sollen. Jetzt läßt sich der „Ranchester Guardian“ aus Paris melden, daß die deutsche Regierung Herrn Briand habe auffordern lassen, in die Schweiz zu kommen, um dort mit dem Fürsten Bülow oder dem Reichskanzler zusammenzutreffen. Dies sowie das in dieser Depesche aus neue behauptete Angebot, Elsaß-Lothringen abzutreten, gehört wie alle früheren derartigen Behauptungen in das Reich der Fabel.

Telegrammwechsel Hertling-Radoslawow.

Anlässlich seiner Ernennung zum Reichskanzler hat Graf Hertling an den bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow ein Telegramm gerichtet, in dem er von seiner Ernennung Mitteilung macht und sich zur treuen Fortführung der deutsch-bulgarischen Bündnispolitik „in unbeirrtem Festhalten an den bestehenden Verträgen und Vereinbarungen“ bekennt. Ministerpräsident Radoslawow hat darauf in einem Telegramm geantwortet, in dem er die unverbrüchliche Bundesstreue Bulgariens betont.

Eine alldeutsche Provokations-Kandidatur?

Die alldeutsche Vaterlandspartei will sich offenbar am Reichstags-Wahlkampf beteiligen. Ihre Hintermänner im Wahlkreis Baugen-Kamenz haben an den Großadmiral v. Tirpitz die Anfrage gerichtet, ob er die Kandidatur im Reichstagswahlkreis annehmen will. Die Antwort steht noch aus.

Bei den Wahlen 1912 hatten Sozialdemokratie und Fortschrittler zusammen in dem Wahlkreis eine erhebliche Mehrheit. Nur durch den Umstoß eines Teils der Fortschrittler konnte in der Stichwahl der Antifem mit etwa 2400 Stimmen Vorsprung durchdringen. Die Aufstellung einer extrem-alldeutschen Kandidatur müßte von den linksstehenden Parteien als Provokation zu einem Wahlkampf aufgefaßt werden.

Die Nationalliberalen im Reichstagswahlkreis Saarbrücken haben sich jetzt endgültig auf die Kandidatur des Professors Hertwig geeinigt, der als Major im Felde steht. Am Sonntag hat er sich in einer größeren Zusammenkunft mit einigen Einschränkungen zu den anexionistischen Kriegszielen bekannt. Das Zentrum beifolgt Wahlentscheidung, das gleiche eine Generalversammlung der Sozialdemokratie am Sonntag, jedoch die Wahl Hertwigs geistert ist; sie findet am 28. November statt.

v. Radowitsch Chef der Reichskanzlei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Wie wir hören, ist der Geheimlegationsrat v. Radowitsch mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs der Reichskanzlei beauftragt worden, nachdem der Unterstaatssekretär v. Gräventz ausgeschieden ist.

Herr v. Radowitsch war bisher Dirigent der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes. Während der jetzigen Krise war eine Zeitlang der Plan aufgetaucht, den Posten des Chefs der Reichskanzlei mit einem Parlamentarier zu besetzen. Aber schon vor einigen Tagen verlautbarte, daß dieser Plan fallengelassen und ein unpolitischer Beamter zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs v. Gräventz auszuwählen sei.

Kriegsbeihilfen auch an die Reichspensionäre

Für die Reichsbeamten im Ruhestand und die Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Ruhegehaltsempfängern ist durch Runderlaß des Reichskanzlers die Möglichkeit der Gewährung von laufenden Kriegsbeihilfen in gleichem Umfange und in der gleichen Form geschaffen worden, wie sie in Preußen dem entsprechenden Personenkreis gemäß Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ vom 25. September d. J. gewährt werden können.

Noch eine Aufklärungs-Organisation.

In der Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses erklärte Staatsminister v. Balbo am Mittwoch, für die Kartoffelbewirtschaftung könne die Frage der Freigabe von Kartoffeln zu Futterzwecken erst geregelt werden, wenn die gebotene gründliche Nachprüfung der gemeldeten Entwürfe durchgeführt sei. Darüber werde noch eine gewisse Zeit hergehen. Der Frühlings des Brotgetreides sei geboten gewesen, um für das neue Wirtschaftsjahr Vorräte zu gewinnen. Für die Aufklärung der Bevölkerung über die Ernährungslage werde durch eine besondere Organisation Sorge getragen werden.

Verstärke noch jemand, daß wir in einer aufgeklärten Zeit leben!

Ein neuer Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 11. Februar 1916, betreffend die Ernennung des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes Delbrück zum Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung — „Reichsanzeiger“ Nr. 87 vom 12. Februar 1916 —, wird das Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes Geheimrat Regierungsrat Weisinger zum Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ernannt.

Beratungen der Fortschrittler. Die Reichstags- und die Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei treten am Freitag zu einer gemeinsamen Beratung zusammen.

Die Militärschneider fordern Lohn-erhöhung.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der mit Schneearbeiten beschäftigten Schneider und Näherinnen führte Kung aus:

In letzter Zeit sind aus Mitgliederkreisen Klagen an die Verwaltungsleitung gelangt des Inhalts, daß die jetzt gezahlten Löhne den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechen. Diese Klagen sind vollkommen berechtigt, denn die von den Vorkriegszeiten festgesetzten Löhne sind während des Krieges nicht erhöht worden. Zu Anfang des Krieges bestimmten die Vorkriegsämter nach Verhandlungen mit den zuständigen Organisationen, daß 75 Proz. der Stücklöhne, welche die Vorkriegsämter den Arbeitgebern gewährten, den Arbeitern und Arbeiterinnen zu zahlen sind. Diese Festsetzung bedeutete für einen Teil der Arbeitnehmer eine Verschlechterung ihres Verdienstes, aber man erklärte sich mit den 75 Proz. einverstanden, weil durch die Festlegung des Sachgeschehens geordnete Lohnverhältnisse geschaffen worden sind, die jedoch im allgemeinen keine Verbesserung bedeuten. Bei späteren Festsetzungen der Löhne für neu eingeführte Arbeiten erklärten die Vorkriegsämter, sie hätten die inzwischen eingetragenen Teuerungsverhältnisse dabei berücksichtigt. Doch die Arbeiter haben stets betont, daß das nicht der Fall sei. Bei den von den Vorkriegsämtern gezahlten Lohnsätzen kommen im Durchschnitt Stundenlöhne von 50 bis 60 Pf. auf den Arbeiter. Dazu kommt, daß die von den Vorkriegsämtern der Vorkriegsämter für die einzelnen Arbeiten zugunabgelegte Stundenanzahl meist zu niedrig angelegt ist, so daß also der wirkliche Verdienst oft hinter 50 bis 60 Pf. zurückbleibt. Allerdings werden in einzelnen günstigen Fällen auch höhere Stundenverdienste erzielt, doch das sind Ausnahmen. Für die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen sind die gegenwärtigen Löhne unzureichend. Eine entsprechende Aufbesserung ist also durchaus begründet und notwendig. — Als der Kriegsausbruch im vergangenen Sommer die Lohnfrage behandelte, stellte er sich auf den Standpunkt, daß in Fällen, wo Männer und Frauen an denselben Stellen zusammenarbeiten, ein durchschnittlicher Stundenlohn von 85 Pf. angemessen sei. Das ist unter den heutigen Verhältnissen gewiß kein hoher Lohnsatz. Seit doch die Artilleriemerkmale in Spandau bei Festlegung der Löhne für die von ihr verrichteten Arbeiten einen Stundenlohn von 85 Pf. für Frauenarbeit zugrunde.

Wenn wir jetzt eine Lohnaufbesserung fordern, so kommt es uns nicht darauf an, ob sie als Erhöhung der Stücklöhne oder des im Sommer gewährten Kriegsauschlages bewilligt wird. Die Hauptsache ist, daß eine ausreichende Zulage gewährt wird und daß sie bald eintritt. In anderen Branchen der Schneiderei haben wir Zulagen von 25 bis 35 Proz. erhalten und neuerdings wird eine weitere Zulage von 25 Proz. gefordert. Wir hatten es deshalb für angemessen, daß auch die Vorkriegsämter die Löhne um 25 Proz. erhöhen. Eine wohlwollende Prüfung unserer eine Lohnaufbesserung bezweckenden Wünsche hat das Vorkriegsamt zugesagt. Aber was eine wohlwollende Prüfung schließlich ergeben wird, weiß man nicht. Es ist deshalb notwendig, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Arbeitgebern — die ja nicht mehr zahlen dürfen als das Vorkriegsamt vorschreibt — sagen, die Löhne sind unzureichend, das Vorkriegsamt muß veranlaßt werden, mehr zu zahlen.

In der Diskussion wurde eine Lohnaufbesserung von 25 Proz. als völlig ungenügend bezeichnet. Die Versammlung beschloß deshalb, eine Zulage von 50 Proz. auf alle von den Vorkriegsämtern ausgegebenen Arbeiten zu fordern.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf um Passchendaele.

Englischer Heeresbericht vom 6. November abends. Heute morgen wurden von kanadischen Truppen Operationen mit vollkommenem Erfolg gegen die feindlichen Verteidigungsanlagen in und in der Umgebung von Passchendaele und an dem Vorstoß nach nördlich und nordwestlich des Dorfes eingeleitet. Die Aufstellung unserer Truppen für den Angriff wurde erfolgreich durchgeführt und um 6 Uhr drach der Angriff wie geplant vor. Der Feind hatte Befehl erhalten, diese wichtige Stellung am Hauptflügelrücken zu halten, koste es was es wolle. Es fand ein hartes Gefecht statt um eine Anzahl von Punkten, besonders um die Hochfläche nördlich des Dorfes und um eine Ansammlung von Gebäuden und befestigten Punkten am Gouddergraben. Nichtsdestoweniger machten unsere Truppen ständige Fortschritte und in früher Stunde wurde das Dorf Passchendaele eingenommen, zusammen mit den Weilern Koffelmart und Goudderg. Vor Mittag waren alle unsere Ziele gewonnen und eine Anzahl Gefangene gemacht. Während des Tages war das Wetter schlecht. Regen fiel in Zwischenräumen. Bei besserer Sicht machte sich unsere Artillerie und unser Flugdienst ans Werk und im Verein mit wirksamer Beobachtung, die von unseren Fliegern geleistet wurde, waren unsere Geschütze instande, wirksam feindliche Batterien und Zusammenziehungen gegnerischer Infanterie unter Feuer zu nehmen.

Leipziger Oberbürgermeisterwahl.

Leipzig, 7. November. In der heutigen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde der Stadtverordneter Oberbürgermeister Dr. Rothe mit 64 gegen 17 Stimmen, die auf Bürgermeister Köhler fielen, bei einer Stimmenthaltung zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gewählt.

Amerikanisches Patrouillenboot versenkt.

Washington, 7. November. Amlich. Das amerikanische Patrouillenboot Alcedo wurde am Montag in der Kriegszone von einem U-Boot versenkt. Ein Offizier und 20 Mann werden vermißt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Berliner städtischen Bureauangestellten und Bureauhilfsarbeiter

Beschäftigten sich in einer stark besuchten Versammlung am 2. November mit der Tätigkeit des Angestellten-Ausschusses der städtischen Gaswerke und der Neuordnung der Hilfsarbeiterlöhne. Es wurde scharf kritisiert, daß die Direktion der Gaswerke nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit dem Angestellten-Ausschuß verhandelt. Der als Vertreter der Direktion zum Verhandlungsleiter bestellte Magistrats-Assessor nimmt in den Sitzungen lediglich die Wünsche entgegen, die dann auf dem üblichen Verwaltungswege erledigt werden. Das sei derselbe Leidensweg, den die Angestellten früher mit ihren Petitionen durchmachen mußten. Die Anträge der ersten Sitzung sind seit fast 2 1/2 Monaten mit einer Ausnahme noch unerledigt. Durch ein solches Verfahren werde der gesetzliche Zweck des Angestellten-Ausschusses vereitelt. Die Direktion solle Vertreter zu den Ausschusssitzungen entsenden, die auch zu wirklichen Verhandlungen bevollmächtigt sind, und vor allen Dingen für eine schnellere Erledigung der Anträge Sorge tragen.

Ferner kam eine starke Unzufriedenheit mit der Bezahlung der Hilfsarbeiter zum Ausdruck. Den Beamten und dauernd Angestellten ist jetzt seitens der Stadt eine neue Steuerzulage bewilligt worden, deren Beitrag für Verheiratete zwischen 50 und 88 M. pro Monat schwankt, während Unverheiratete 35 M. erhalten. Demgegenüber sind die Tagelöhner der Hilfsarbeiter nur um 50—80 Pf. pro Tag oder 15—24 M. pro Monat erhöht, trotzdem die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen schon bisher im allgemeinen erheblich weniger Lohn erhielten als die Beamten und Angestellten, aber vielfach dieselbe Arbeit machen mußten.

Die Versammlung nahm nach lebhafter Aussprache eine Entschließung einstimmig an, in der für die städtischen Bureauangestellten und -Hilfsarbeiterinnen eine weitere Erhöhung der Tagelöhner um 1,50 Mark pro Tag gefordert wird. Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands wird beauftragt, diesen Antrag dem Magistrat zu unterbreiten. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt, die diese Wünsche und Beschwerden über die Behandlung des Angestellten-Ausschusses der Gaswerke dem Herrn Oberbürgermeister vortragen soll.

Notwendig ist vor allen Dingen, daß die städtischen Bureauangestellten und Bureauhilfsarbeiter sich vollständig der Organisation anschließen. Nähere Auskunft erteilt der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin, O 27, Dirschstr. 4 I (Telephon Alexander 3170).

Beitragserhöhung im Buchbinderverband.

Schon vor dem Kriege hatte sich herausgestellt, daß eine Neuordnung der Beitragshöhe notwendig sei, denn in den beiden unteren, für weibliche Mitglieder geltenden Beitragsklassen überwiegen die Ausgaben an Unterstützungen die Einnahmen, so daß die Ueberlässe der höheren Beitragsklassen teilweise zur Deckung des Gleichgewichts in den niederen Klassen Verwendung fanden. Während des Krieges sind diese Verhältnisse dadurch ungünstiger geworden, daß infolge der zahlreichen Einziehungen zum Militär die Anzahl der zahlenden männlichen Mitglieder erheblich zurückging. Der Verband hat gegenwärtig doppelt so viel weibliche Mitglieder als männliche. Unter diesen Umständen erscheint es notwendig, durch eine Erhöhung der Beitragshöhe das finanzielle Gleichgewicht in den Beitragsklassen zu sichern. Auch die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben, die nach dem Kriege an den Verband herantreten werden, macht eine Stärkung der Finanzkraft des Verbandes erforderlich. Aus diesen Gründen hat die vom letzten Verbandstage eingesetzte Statutenkommission eine Vorlage ausgearbeitet, die eine Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungs-fonds vorlieht. Die Beiträge, die sich jetzt in fünf Klassen von 20 Pf. bis 1 M. bewegen, sollen auf 30 Pf. bis 1,80 M. einschließlich des Sozialzuschlages erhöht werden. Für die Streik- und Mahrregelung und Unterstützung der Vorlage eine weitestgehende Erhöhung der Beiträge. Auch die Arbeitslosenunterstützung soll eine angemessene Erhöhung erfahren. Die Umwandlung soll gleichfalls erhöht werden. — Die Vorlage der Statutenkommission wird den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet. Im Falle der Annahme würde sie am 1. Januar in Kraft treten.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Berliner Buchbinder beschäftigte sich am Dienstag mit dieser Angelegenheit. Die Erhöhung der Beiträge wurde allgemein als notwendig anerkannt. Einstimmig nahm die Versammlung eine Entschließung an, welche die Mitglieder auffordert, sich vollständig an der Urabstimmung zu beteiligen und sich für die Annahme der Vorlage zu entscheiden.

Deutsches Reich.

Unternehmertum und Privatangestellte.

Jüngst hat in Nürnberg eine Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stattgefunden. Es wurden die bekannten Wünsche des Schlarmeriums auf „Verbesserung“ des Hilfsdienstgesetzes erörtert. In einem vertraulichen Rundschreiben des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, das über jene Tagung berichtet, wird der Angestelltenorganisationen mit besonderem Vertrauen gedacht:

Im übrigen wurde festgestellt, daß die Angestelltenverbände sich immer mehr gewerkschaftlich entwickeln, und daß in gleicher Weise, wie die Arbeitervereine, die Angestelltenvereine sich ihnen nicht zu nehmende Rechte anmaßen, indem sie sich zu Verbänden zusammenschließen und als solche Ansprüche über Gehaltsverhältnisse zu erlangen suchen.

Veitlich wird darauf hingewiesen, daß der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustriellen (Verist Düsseldorf) folgende Mitteilung an seine Mitglieder habe ergoßen lassen:

Der Arbeitsdienstgesetz (Geschäftsstelle im Hause des Vermeisterverbandes, Düsseldorf), dessen Zweck es ist, die Mitglieder der Angestelltenvereine im Sinne eines Interessengegensatzes zwischen Arbeitgeber und Angestellten zusammenzuführen und zu beraten, versendet zurzeit an Mitglieder der Angestelltenvereine ein Rundschreiben, in dem um Auskunft über die Gehaltsverhältnisse der Beamten gebeten wird. Das Schreiben ist unterzeichnet von dem Schriftleiter der Vermeisterzeitung und einseitigen Geschäftsführer des Vermeisterverbandes, Eichler. Es wird sich empfehlen, wenn die Verle ihre Angestellten darauf hinweisen, daß eine Verantwortung des Fragebogens auf einen Vertrauensbruch hinausläuft.

Infolge der ungenügenden Regelung der Gehaltsfrage ist die Not der Angestellten bekanntlich besonders groß. Von einer Einwirkung der Unternehmerorganisationen auf ihre Mitglieder, die Gehälter zu erhöhen, hört man nichts. Dagegen ist man eifrig bemüht, die niedrigen Gehälter zu verheimlichen und die Erörterung der Gehaltsfrage zu unterbinden, wie vorstehende Dokumente beweisen.

Soziales.

Gelbe Verräter der Kriegsbeschädigten.

Man schreibt uns: Im Mai d. J. wurde in Gießen ein „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter“ gegründet. Die

Hauptmotive waren ein Kruppischer Angestellter und der Herausgeber einer Zeitschrift, die unter dem Deckmantel der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Ausgestaltung einer Interzonenanlage und die Verbreitung von schandmüßiger Unterhaltungsliteratur zugunsten dieses Betlegers betrieb. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen sind sofort von diesem zweifelhaften Unternehmen abgerückt. Jetzt zeigt sich sein wahrer Charakter immer deutlicher. Die Offener wollen in der Kriegsbeschädigtenbewegung dieselbe Rolle spielen, wie die Gelben in der Arbeiterbewegung. Sie fallen den Kriegsbeschädigten in den Rücken, sie wenden sich sogar gegen die Erhöhung der allenthalben als unzureichend erkannten Kriegerrenten. Im Nr. 24 des offiziellen Vereinsorgans „Der Kriegsbeschädigte“ tritt der Kruppische Verbandsvorsitzende, Herr Adorf, gegen die Erhöhung der Kriegerrenten in die Schranken und wendet sich in ungläubiger Weise gegen die Schritte, die vom Bund der Kriegsbeschädigten und ebemaligen Kriegsteilnehmer, der ernsthaften Vertretung der Kriegsbeschädigten, für die Erhöhung der Kriegerrenten durch Einreichung einer Massenpetition an den Reichstag eingeleitet worden sind. Herr Adorf schreibt:

Die Forderung der „sofortigen erheblichen Heraushebung der Renten“ ist nicht weiter als ein Pluff und an sich genau so erbärmlich und verdammungswürdig wie die Streikbewegungen im Lande zu einer Zeit, wo Millionen unserer Brüder in der Front um unser Dasein und um Bestand unseres Vaterlandes kämpfen und Tausende und abermalige Tausende zu jeder Stunde des Tages ihr kostbares Leben für uns andaubten. Wir erklären hiermit laut und feierlich, daß wir, der gesamte Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich dieser Massenpetition völlig fern stehen und sie weder gutheißen noch unterstützen.

Im weiteren erklärt Herr Adorf die erhebliche sofortige Heraushebung der Renten für „vollständig unmöglich“. So sieht eine Organisation aus, welche die Interessen der Kriegsbeschädigten zu vertreten behauptet! Sie erklärt die Heraushebung der Kriegerrenten für unmöglich, zu einer Zeit, in welcher der Hauptausfluß des Reichstages sie einstimmig beschließt, in welcher es sehr wohl möglich gewesen ist, die gesamte Familienunterstützung zu erhöhen und sämtlichen Beamten Steuerzulagen zu gewähren. Dies eine Beispiel wird wohl genügen, um den Kriegsbeschädigten zu zeigen, daß der Offener Verband aus gelber Rücksichtnahme auf die Wünsche des Unternehmertums und gewisser Behörden ihre Interessen sämtlich preisgibt.

Eine neue Methode der Arbeiterunterdrückung.

Nach dem bekannten Taylor-System hat jetzt der rücksichtsloseste Kapitalismus der Welt, der amerikanische, schon wieder eine neue Methode aufgedeckt, die Ausbeutung der Arbeiter zu befestigen, und die europäischen Kapitalisten stürzen sich mit Eifer darauf, sie nachzuahmen. Es handelt sich um eine Einrichtung sogenannter Interessentontoren, deren Wesen in einer Art Vormundschaft über Beamte und Arbeiter des Unternehmens besteht. Jeder Angestellte muß angeben, wie hoch seine Ausgaben für Miete, Steuern, Versicherung und Vereinsabgaben sind, und diese werden dann von der Unternehmung als fester Lohnbestand eingetragten. Eine Vermehrung dänischer Großindustrieller und Großkaufleute in Kopenhagen fand begeisterte Bewunderung diese Ideen überaus plätsch und ernannte einen Ausschuß, der prüfen soll, ob ein solches Interessentontor am besten für jeden einzelnen Betrieb oder als gemeinsame Einrichtung der industriellen Kreise geschaffen werden soll.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zunächst ziemlich mild, vorwiegend trübe, mit meist geringen, nur im Nordwesten stärkeren Regenfällen; später im Westen beginnende neue Ausdehnung und Abkühlung.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Ulrich Scholz, Rostock; für Inserate: Th. Gode, Berlin, Druck u. Verlag: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt, Hans Singer & Co., Berlin SW. Hierin 1. Klasse und Unterhaltungsblatt.

Die Spatzen pfeifen's schon vom Dach,



daß unsere Geschäfte für Damenkleidung die beste Quelle sind. Nicht nur weil Sie bei uns sicher sein dürfen, unter der Fülle des Gebotenen, das Ihrem Geschmack am meisten Zusagende zu finden, sondern weil auch unsere Preise bei Würdigung der heutigen Zeit durchaus Ihren Beifall finden werden.



Königsstr. 33 Chausseestr. 113
 Um Bahnhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof
 Sonntags geschlossen.